



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 2

Februar 1968

X Grafik des Monats: Einzugsgebiete der Krankenhäuser

Aufsätze: Bruttoinlandsprodukt 1966

Bauhauptgewerbe 1950 - 1967 (Teil 2)

Baumschulen

Kurzberichte: Steueraufkommen 1967

Gemüseanbau

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1966	1967	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Juli bis Nov. ¹		
INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)				
Produktionsindex	1958 = 100	143	143	-
Beschäftigte ²	1 000	179	171	- 4
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	810	821	+ 1
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	23	21	- 7
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	10,5	9,7	- 8
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 164	2 397	+ 11
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	128,3	116,7	- 9
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	100,0	110,9	+ 11
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 983	4 739	- 5
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	106,7	105,9	- 1
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	107,1	103,2	- 4
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	105,8	104,6	- 1
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	111,4	102,6	- 8
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	113,0	114,4	+ 1
Ernährung	1962 = 100	111,5	111,4	- 0
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 170	2 267	+ 4
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	6 678	7 179	+ 8
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 440	3 921	+ 14
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	59	60	+ 1
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	72	79	+ 10
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	24	26	+ 7
Lohnsteuer	Mill. DM	58	59	+ 1

1) bei "Geld und Kredit": Juni bis Oktober

2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

4) einschl. Lehrlingsstunden

5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden

Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

6) an die Nichtbankenkundschaft

7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite

8) Bestand am Monatsende

9) einschl. Umsatzausgleichsteuer

10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

INHALT 2/68

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aus dem Inhalt	26
Aufsätze	
Das Bruttoinlandsprodukt 1966 in Schleswig-Holstein	27-32
Das Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	32-42
Baumschulen	42-46
Kurzberichte	
Das Landes- und Bundessteueraufkommen 1967	46-47
Der Gemüseanbau auf dem Freiland	47-48
Grafik des Monats	36-37
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie - 3. Umschlagseite	

Neu erschienen:

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1966/67

256 Seiten, Preis 15,- DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 9/1967

Strafurteile 1965
Ausfuhr 1964—1966
Preise von Agrarprodukten
Wohnverhältnisse der Vertriebenen
Kriegsopferversorgung
Schlepper

Heft 10/1967

Abiturienten — gestern und morgen
Landtagswahl — regionale Ergebnisse
Vieh- und Fleischwirtschaft
Baufertigstellungen 1966

Heft 11/1967

Zuckerrüben und Zucker
Beschäftigtenstruktur Industrie
Umsatz der Unternehmen 1966
Straßenverkehrsunfälle 1966
Erzeugerpreise in der Industrie
Schwerbeschädigte

Heft 12/1967

Gemeinden und Ämter
Wasserhaushalt Industrie
Löhne im Handwerk
Die kommunalen Haushalte 1966

Heft 1/1968

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)
Kartoffeln
Preisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Löhne und Gehälter 1965



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 2

Februar 1968

Aktuelle Auslese



1967 verteuerte sich
die Lebenshaltung nur wenig

Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen stieg von Mitte Dezember 1966 bis Mitte Dezember 1967 lediglich um 0,4 %. Einen solch geringen Indexanstieg von Dezember bis Dezember hat es seit dem Indexrückgang im Jahre 1953 nicht gegeben. In den zwei entsprechenden Perioden davor war der Index um 4,2 % (1965) und 2,6 % (1966) gestiegen.

Im Jahresdurchschnitt ist der Index von 1967 nur 1,4 % höher als der von 1966. In den beiden Vorjahren hatte der entsprechende Indexanstieg 3,4 % und 3,5 % ausgemacht.

Lebensmittel und Hausrat waren 1967 im Schnitt etwas billiger als 1966. Überdurchschnittlich erhöht haben sich die Gruppenindexziffern für "Wohnung", "Bildung, Unterhaltung und Erholung", "Verkehr" sowie "Getränke und Tabakwaren".



Um 3 % höherer Industrieumsatz als 1966

Nach vorläufigen Berechnungen wird der industrielle Umsatz im abgelaufenen Jahr um etwa 3 % höher ausfallen als 1966. Das Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als die industriellen Erzeugerpreise leicht nachgegeben haben und der Beschäftigtenstand im Jahresdurchschnitt um etwa 4 % unter dem Vorjahresstand verbleibt. Die Auslandsumsätze waren wertmäßig um etwa 2 % geringer als 1966.



Mehr gewerbliche Schlachtungen

Im Jahre 1967 wurden in den schleswig-holsteinischen Schlachthöfen und Schlach-

tereien 349 000 Rinder und 2 Mill. Schweine inländischer Herkunft geschlachtet. Das Fleischaufkommen aus diesen Schlachtungen betrug gut 246 000 t und überstieg damit die Vorjahresmenge um 6 %. Ein Drittel der Fleischmenge war Rindfleisch, zwei Drittel waren Schweinefleisch. Gegenüber 1966 stieg das Rindfleischaufkommen um 5 %, das Schweinefleischaufkommen um 8 %.

Milcherzeugung 1967 kaum noch gestiegen

Mit 2,14 Mill. t wurden 1967 in Schleswig-Holstein nur noch 1,3 % mehr Milch erzeugt als 1966. Von der genannten Menge wurden wie im Vorjahr 90 % an Meiereien und Händler geliefert.

Da die Zahl der Kühe sich im Jahre 1967 so gut wie nicht mehr geändert hat, ist die geringe Mehrerzeugung allein Folge höherer Einzelleistungen. Für 1967 errechnet sich eine Durchschnittsleistung von 4 188 kg Milch je Kuh und Jahr.



Keine weitere Zunahme der Insolvenzen

Während des Jahres 1967 wurden von den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein 117 Konkurse und 24 Vergleichsverfahren registriert. Im Jahre 1966 waren es 126 Konkurse und 12 Vergleichsverfahren gewesen. Die Zahl der Insolvenzen ist damit fast gleich geblieben, jedoch hat sich das Gewicht bei gleichzeitiger Abnahme der Konkurse etwas stärker auf die Vergleichsverfahren verlagert. Die vorläufig geltend gemachten Forderungen in 107 Konkursen beliefen sich im Jahre 1967 auf 23 Mill. DM. Unter den 91 zahlungsunfähigen Erwerbsunternehmen befanden sich 34 aus dem Baugewerbe.

Aus dem Inhalt

Bruttoinlandsprodukt 1966

Seite 27

Auch in Schleswig-Holstein hat sich – wie im Bundesgebiet – das wirtschaftliche Wachstum im Jahre 1966 fühlbar abgeschwächt. Eine Zuwachsrate des nominellen Bruttoinlandsprodukts von 7,5 % gegenüber 1965 bedeutet für Schleswig-Holstein das schwächste Wachstum seit 1959. Werden die Preiseinflüsse durch Bewertung der Menge des Jahres 1966 mit Preisen von 1954 ausgeschaltet, so bleibt eine Zuwachsrate von 3,6 %. Das ist für Schleswig-Holstein die niedrigste Wachstumsrate des "realen Bruttoinlandsprodukts" seit 1950. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner belief sich 1966 auf 6 703 DM und in Preisen von 1954 auf 4 458 DM. Damit hat sich zwar zwischen dem Bundesgebiet und Schleswig-Holstein der Abstand der mengenmäßigen wirtschaftlichen Leistung je Kopf der Bevölkerung gegenüber den Vorjahren geringfügig verkleinert, der Unterschied ist mit 5 558 DM (Bundesgebiet) gegenüber 4 458 DM jedoch nach wie vor erheblich. Den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins hatten 1966 wiederum die produzierenden Bereiche, die fast 54 % der wirtschaftlichen Gesamtleistung erzielten.

Seite 32

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)

Die Beschäftigtenstruktur des Bauhauptgewerbes zeichnet sich heute durch einen hohen Anteil von Fachkräften aus; Ende Juni 1967 war in Schleswig-Holstein fast jeder zweite Beschäftigte dieser Kategorie zuzuordnen. In den letzten zwei Jahrzehnten ist diese als Kern des Arbeitskräftebestandes anzusehende Gruppe beträchtlich gewachsen. Das ist in erster Linie zu Lasten der Hilfskräfte gegangen, deren Anteil sich von 35 % Mitte 1950 auf 27 % Mitte 1967 verringerte. Die Zunahme von Führungs- und Verwaltungsaufgaben hat sich in einem kräftigen Zuwachs der Angestellten niedergeschlagen. Die Beschäftigtenentwicklung im Bauhauptgewerbe ist in der Nachkriegszeit positiv gewesen. Sie erreichte 1964 in Schleswig-Holstein mit einer Maßzahl von 172 (1950 = 100) ihren Höhepunkt und ging dann langsam bis 1967 auf 148 zurück. Das Baugewerbe ist früher ein Saisongewerbe gewesen. Seit 1960 bewirken eine Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen (z. B. Förderung des Winterbaues und Schlechtwettergeldregelung) und die anhaltende Überbeschäftigung im Bauhauptgewerbe, daß die monatlichen Beschäftigtenzahlen nur noch um ± 5 % um den Jahresdurchschnitt pendeln. Daran scheint auch die Abschwächung der Baukonjunktur in den letzten Jahren nichts mehr zu ändern. Der Jahresumsatz im Bauhaupt-

gewerbe belief sich 1950 auf 270 Mill. DM und erreichte 1965 1,7 Mrd. DM. In dem Zeitraum 1950 bis 1966 hat es kein Jahr gegeben, in dem ein Jahresumsatz unter dem Wert des Vorjahres gelegen hat.

Baumschulen

Seite 42

Von 7 670 schleswig-holsteinischen Betrieben, die 1961 gärtnerische Kulturen für den Verkauf anbauen, befaßten sich 1 097 mit der Anzucht und Vermehrung von Gehölzen. Von ihnen waren 27 % reine Forstbaumschulen, 39 % Gemischtbetriebe und 34 % sogenannte Hochbaumschulen. 1967 betrug die Baumschulfläche in Schleswig-Holstein rund 4 200 ha, daran hatte der Kreis Pinneberg einen Anteil von 86 %. Die schleswig-holsteinischen Baumschulbetriebe liefern ihre Erzeugnisse vor allem an Wiederverkäufer. Etwa 95 % der schleswig-holsteinischen Gehölzanzuchten werden außerhalb der Landesgrenzen abgesetzt.

Steueraufkommen 1967

Seite 46

Das Land Schleswig-Holstein nahm 1967 über 1 Mrd. DM an Landessteuern ein. Das sind 77 Mill. DM oder 7,8 % mehr als 1966. Damit wurden die Zuwachsraten der vorangegangenen Jahre zwar übertroffen, aber das im Haushaltsplan 1967 angesetzte Soll nicht erreicht. Der Rückgang der Wirtschaftskonjunktur hat sich 1967 voll auf die konjunkturrempfindlichen Steuern ausgewirkt. Das Umsatzsteueraufkommen war nur um 0,9 % höher als 1966. Auch die Lohnsteuer nahm nicht mehr so kräftig zu. Verglichen mit dem übrigen Bundesgebiet schneidet Schleswig-Holstein recht günstig ab. In den ersten 9 Monaten stieg das Landessteueraufkommen im Bundesdurchschnitt nur um 3,2 %, aber in Schleswig-Holstein um 7,9 %.

Gemüseanbau

Seite 47

Der erwerbsmäßige Anbau von Gemüse auf dem Freiland ist 1967 wieder etwas ausgedehnt worden. Mit rund 10 300 ha wurden jedoch immer noch 2 000 ha weniger Gemüse angebaut als 1963. Von der Gemüseanbaufläche entfielen weiterhin über 40 % auf Kopfkohl. Das flächenmäßig bedeutendste geschlossene Gemüseanbaugelände in Schleswig-Holstein ist die Dithmarscher Marsch. In vielen Fällen werden zwischen Erzeuger und Abnehmer vertragliche Vereinbarungen über Anbau, Lieferung und Preis bestimmter Gemüsearten getroffen. Dieser Vertragsanbau setzt sich gegenüber dem freien Anbau von Gemüse zunehmend durch.

Das Bruttoinlandsprodukt 1966 in Schleswig-Holstein

Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Das Jahr 1966 stand für die Bundesrepublik wie auch für Schleswig-Holstein im Zeichen einer fühlbaren Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums. Mit einer Zuwachsrate des nominellen Bruttoinlandsprodukts von 6,2% gegenüber 1965 ist für das Bundesgebiet der kleinste relative Zuwachs seit 1950 zu verzeichnen. Die entsprechende Rate von 7,5% in Schleswig-Holstein bedeutet hier das schwächste Wachstum seit 1959. Nach Ausschaltung der Preiseinflüsse durch Bewertung der Mengen des Jahres 1966 mit Preisen von 1954 verbleiben Zuwachsraten von 2,5% für das Bundesgebiet und 3,6% für Schleswig-Holstein. Das sind sowohl für Schleswig-Holstein wie auch für das Bundesgebiet die niedrigsten Wachstumsraten des "realen" Bruttoinlandsprodukts seit 1950.

Bei der Beurteilung dieser Änderungen der Werte und des "Volumens" des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr muß allerdings beachtet werden, daß es sich um relative Änderungen handelt, bei denen die Bezugszahl, das Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Vorjahres, ständig gestiegen ist. So bedeutet die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen um 1,121 Mrd. DM im Jahre

1961 gegenüber 1960 in Schleswig-Holstein eine Zuwachsrate von 11,3%, während die größere absolute Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts 1966 gegenüber 1965 von 1,175 Mrd. DM wegen des größeren Bezugswertes sich lediglich in einer relativen Änderung von 7,5% niederschlägt.

Zu Vergleichszwecken ist es üblich, die Meßzahl Bruttoinlandsprodukt je Einwohner heranzuziehen. In den Pro-Kopf-Beträgen werden die Veränderungen der Wohnbevölkerung durch natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungen ausgeschaltet. Dann ergeben sich für Schleswig-Holstein wie auch für das Bundesgebiet als Folge einer 1966 gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Wohnbevölkerung mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner um 5,3% (Bund 4,8%) erheblich kleinere Zuwachsraten als für das absolute Bruttoinlandsprodukt. Die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Bevölkerung in Schleswig-Holstein um 5,3% im Jahre 1966 bedeutet eine Erhöhung der wirtschaftlichen Leistung im Inland je Einwohner um 336 DM auf 6 703 DM, während die 4,8%ige Steigerung im Bundesgebiet aufgrund des höheren Bezugswertes das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 369 DM auf 8 006 DM im Jahre 1966 ansteigen ließ.

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1966

Jahr	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet			
	Insgesamt		je Einwohner		Insgesamt		je Einwohner	
	Mill. DM	Zuwachsrate in %	DM	Zuwachsrate in %	Mill. DM	Zuwachsrate in %	DM	Zuwachsrate in %
in jeweiligen Preisen								
1960	9 906	9,4	4 317	8,7	296 640	18,3	5 351	10,1
1961	11 027	11,3	4 758	10,2	326 600	10,1	5 814	8,6
1962	12 167	10,3	5 197	9,2	354 880	8,7	6 233	7,2
1963	13 088	7,6	5 537	6,5	377 960	6,5	6 563	5,3
1964	14 193	8,4	5 934	7,1	414 600	9,7	7 116	8,4
1965 ¹	15 425	8,7	6 367	7,3	450 660	8,7	7 637	7,3
1966 ¹	16 600	7,5	6 703	5,3	478 700	6,2	8 006	4,8
in Preisen von 1954								
1960	8 415	6,0	3 668	5,3	254 980	15,3	4 600	7,4
1961	8 953	6,4	3 864	5,3	269 170	5,6	4 792	4,1
1962	9 382	4,8	4 007	3,7	280 180	4,1	4 921	2,6
1963	9 798	4,4	4 145	3,4	289 860	3,5	5 033	2,2
1964	10 174	3,8	4 253	2,6	309 400	6,7	5 310	5,4
1965 ¹	10 635	4,5	4 390	3,2	324 260	4,8	5 495	3,4
1966 ¹	11 000	3,6	4 458	1,5	332 300	2,5	5 558	1,1

1) vorläufige Ergebnisse

Nach Ausschaltung der Preiseinflüsse verbleibt für Schleswig-Holstein noch eine Erhöhung der mengenmäßigen wirtschaftlichen Leistung im Inland je Einwohner von 68 DM (Bundesgebiet + 63 DM). Damit hat sich zwar der Abstand zwischen der mengenmäßigen wirtschaftlichen Leistung je Kopf der Bevölkerung im Bundesgebiet und Schleswig-Holstein geringfügig verkleinert, der Unterschied im Niveau ist mit 5 558 DM (Bundesgebiet) gegenüber 4 458 DM in Schleswig-Holstein jedoch nach wie vor erheblich.

Vor Fehlinterpretationen des Inlandsprodukts je Kopf der Wohnbevölkerung als "Wohlstandsmaßzahl" oder auch als Maßstab für "Produktivitätsunterschiede" sei hier noch einmal eindringlich gewarnt. Insbesondere ist stets zu beachten, daß der im Inland erwirtschafteten Leistung mit der Wohnbevölkerung (= Inländer) kein korrespondierender Bevölkerungsbegriff gegenübergestellt wird (siehe auch weiter unten).

Das Verhältnis der Zuwachsraten des nominellen und des realen Bruttoinlandsprodukts gibt eine Vorstellung von der weiteren Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus. Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts stieg in Schleswig-Holstein von 145 im Jahre 1965 auf 151 im Jahre 1966 an. Aus einem Vergleich der Indexzahlen in den genannten Jahren erhält man allerdings wegen der Konstruktion des Index', d. h. seines von Berichtsjahr zu Berichtsjahr wechselnden Warenkorbs, lediglich einen allgemeinen Eindruck davon, wie sich das gesamtwirtschaftliche "Preisniveau" unter dem Einfluß sich ändernder Preise, Qualitäten und einer anderen Mengenzusammensetzung erhöht hat. Dagegen vermittelt der Preisindex der Lebenshaltung eine Vorstellung davon, wie sich die Lebenshaltung bestimmter privater Haushalte im Jahre 1966 verteuert hat, denn diesem Index liegt ein konstanter Warenkorb zugrunde. Ausgehend von den Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1962, hat sich 1966 die Lebenshaltung¹, gemessen am Jahresdurchschnitt, gegenüber dem Vorjahr um 3,5% verteuert. Ein erheblicher Teil des Preisauftriebes ging hier von den administrativ beeinflussten Wohnungsmieten aus. Die entsprechenden Raten betragen 1965 3,2% und 1964 2,3% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

Man erkennt also abnehmende Zuwachsraten des nominellen wie auch insbesondere des realen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts und sich gleichzeitig ständig verteuernde Lebenshaltung (das gilt insbesondere für das 1. Halbjahr 1966, während im 2. Halbjahr eine

1) Gesamtlebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

merkliche Preisberuhigung einsetzte, die sich 1967, wie sich inzwischen absehen läßt, noch verstärkt hat). Diese Tendenz ließ speziell gegen Ende des Jahres 1966 ein Dilemma der Wirtschaftspolitik offen zu Tage treten: Es bestand eine gewisse Gefahr, weder Stabilität noch Wachstum, sondern eine Stagnation ohne Stabilität zu "erreichen"². Hinzu trat noch eine sich gegen Ende 1966 zumindest bereits ankündigende Gefährdung des wirtschaftspolitischen Ziels der Vollbeschäftigung: Die Arbeitslosenquote blieb im Dezember 1966 mit 1,6% im Bundesgebiet zwar noch erheblich unter der oft mit 3% angesetzten sogenannten "Vollbeschäftigungsgrenze" (Januar 1967 bereits 2,9%); auch in Schleswig-Holstein betrug sie Ende Dezember 1966 erst 2,3%, Ende Januar 1967 aber schon 3,7%. Bei der Beurteilung der genannten Arbeitslosenquoten muß allerdings der Einfluß nichtkonjunktureller Faktoren, nämlich saisonaler und insbesondere auch struktureller Einflußgrößen, berücksichtigt werden. Die relativ starke Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein gegen Ende 1966 muß außerdem noch unter dem Aspekt eines Wanderungsgewinns von knapp 13 000 im erwerbsfähigen Alter (15- bis 65jährige) stehender Personen gesehen werden.

Diese Menschen mußten zumindest zu einem Teil während des Jahres 1966 am schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt aufgenommen werden, eine Tatsache, die bei der Beurteilung der absoluten (18 346) wie auch der relativen (2,3%) Arbeitslosenzahl am Ende des Jahres 1966 sehr wohl zu beachten ist. Nicht zu übersehen war jedoch besonders gegen Ende 1966 ein gewisses Unbehagen weiter Kreise der Bevölkerung, die die wirtschaftliche Entwicklung mit einer in den letzten Jahren ungewohnten Aufmerksamkeit verfolgten, ein Unbehagen, zu dem die Situation am Arbeitsmarkt sicherlich beitrug.

Aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtung innerhalb des Wirtschaftsraums der Bundesrepublik wurden - mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz - alle Bundesländer von der sich allgemein abschwächenden Konjunktur betroffen. Diese Abhängigkeit der Teilregionen von der Entwicklung innerhalb eines größeren Gesamttraumes bedingt nun keineswegs einen "synchronen" Verlauf im konjunkturellen Auf- und Schwung der Wirtschaft. Insbesondere strukturelle Unterschiede der Wirtschaft sowie Unterschiede in der Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern sind als Ursache dafür anzusehen, daß konjunkturelle Einflüsse sich in den Bundesländern während des Jahres 1966 in durchaus unterschiedlicher Intensität und auch zu verschiedenen Zeit-

2) siehe auch Bulletin der Bundesregierung Nr. 20, 1967, S. 156

Das Bruttoinlandsprodukt 1966 in den Bundesländern

Land	Insgesamt			Je Einwohner			Bundesgebiet = 100
	Mrd. DM	Zuwachsrate in %		DM	Zuwachsrate in %		
		1965 ¹	1966 ¹		1965 ¹	1966 ¹	
in jeweiligen Preisen							
Schleswig-Holstein	16,6	8,7	7,5	6 703	7,3	5,3	83,7
Hamburg	26,1	8,3	7,9	14 140	8,2	8,5	176,6
Niedersachsen	48,0	7,6	4,8	6 888	6,5	3,6	86,0
Bremen	7,7	10,3	7,3	10 293	8,8	5,6	128,6
Nordrhein-Westfalen	140,2	8,2	4,5	8 325	6,9	3,4	104,0
Hessen	43,8	9,8	7,2	8 361	7,9	5,1	104,4
Rheinland-Pfalz	23,4	8,6	8,7	6 480	7,4	7,3	80,9
Baden-Württemberg	70,9	9,2	6,4	8 305	7,0	4,3	103,7
Bayern	75,7	9,2	8,1	7 412	7,7	6,4	92,6
Saarland	7,5	6,1	3,2	6 651	5,2	2,4	83,1
Berlin (West)	18,8	10,2	6,9	8 603	9,8	7,6	107,5
Bundesgebiet	478,7	8,7	6,2	8 006	7,3	4,8	100
in Preisen von 1954							
Schleswig-Holstein	11,0	4,5	3,6	4 458	3,2	1,5	80,2
Hamburg	18,1	4,3	4,0	9 798	4,2	4,5	176,3
Niedersachsen	33,4	3,3	0,9	4 789	2,2	- 0,1	86,2
Bremen	5,3	5,4	4,7	7 079	4,0	3,0	127,4
Nordrhein-Westfalen	98,5	4,4	0,9	5 848	3,1	- 0,2	105,2
Hessen	30,5	6,3	3,3	5 813	4,5	1,3	104,6
Rheinland-Pfalz	16,5	5,9	5,1	4 561	4,7	3,8	82,1
Baden-Württemberg	48,8	5,3	2,9	5 720	3,1	0,8	102,9
Bayern	52,0	4,8	4,2	5 086	3,4	2,6	91,5
Saarland	5,1	3,0	- 0,3	4 519	2,0	- 1,0	81,3
Berlin (West)	13,2	6,7	2,0	6 045	6,3	2,8	108,8
Bundesgebiet	332,3	4,8	2,5	5 558	3,4	1,1	100

1) vorläufige Ergebnisse

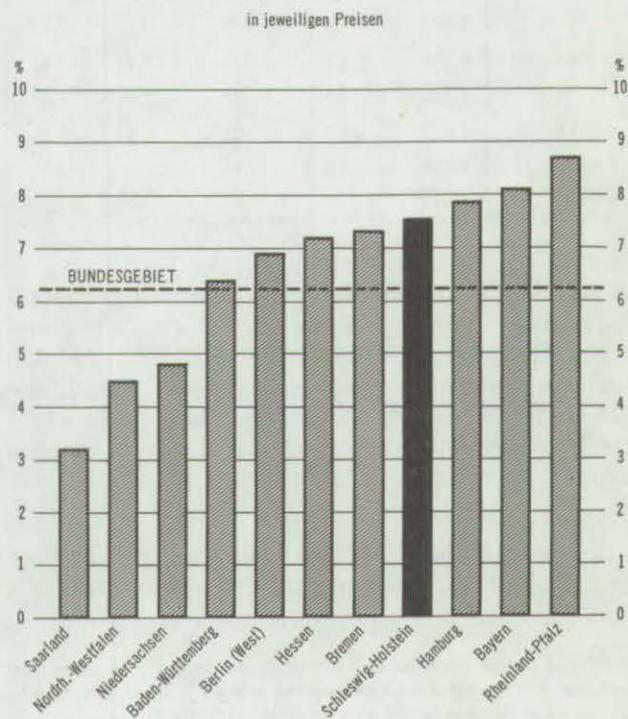
punkten bemerkbar machten. So führten konjunkturelle Schwierigkeiten in der Eisen- und Stahlerzeugung und in der Kfz-Produktion - verbunden mit strukturellen Schwierigkeiten im Kohlenbergbau - in Nordrhein-Westfalen zu einem Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums von 8,2% im Jahre 1965 auf 4,5% im Jahre 1966, nach Ausschaltung der Preiseinflüsse betrug das Wachstum in Nordrhein-Westfalen nur noch 0,9% und die mengenmäßige Leistung je Einwohner ging sogar um 0,2% zurück.

Wesentlich schwächer machten sich wachstumshemmende konjunkturelle Einflüsse in Ländern bemerkbar, die keine ausgesprochenen Schwerpunkte in besonders konjunktur-reagiblen Bereichen aufweisen. Als Beispiel mag Schleswig-Holstein dienen: Im Bundesgebiet von der sich abschwächenden Konjunktur besonders betroffene Bereiche besitzen in Schleswig-Holstein ein relativ schwaches Gewicht, auf der anderen Seite ist zumindest 1966 die Bedeutung weniger konjunktur-empfindlicher Bereiche relativ groß.

Auch der - verglichen mit dem übrigen Bundesgebiet - ungünstige Altersaufbau der schles-

D - 3876

Das Bruttoinlandsprodukt 1966 Zuwachsraten gegenüber 1965 in den Bundesländern



wig-holsteinischen Bevölkerung kann in der konjunkturellen Situation gegen Ende des Jahres 1966 durchaus als ein stabilisierender Faktor angesehen werden: Ein hoher Anteil alter Leute erfordert in großem Umfange eine ständige Übertragung von Einkommen und stützt somit die Konjunktur von der Nachfrageseite her.

Auch eine von der Gesamtregion abweichende wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland kann Ursache einer vom gesamten Bundesgebiet abweichenden konjunkturellen Entwicklung sein, denn für die Höhe der Exporte eines Landes ist außer der Leistungsfähigkeit seiner Exportindustrie die konjunkturelle Entwicklung in seinen wichtigsten Abnehmerländern von entscheidender Bedeutung. So muß die Entwicklung der Auslandsnachfrage in Schleswig-Holstein im Jahre 1966 - wie übrigens auch im gesamten Bundesgebiet - als ein äußerst wichtiger stabilisierender Faktor angesehen werden. Ein starker Rückgang im Wachstum der Inlandsumsätze der Industrie in Schleswig-Holstein konnte 1966 zu einem wesentlichen Teil durch ein Rekordergebnis im Auslandsgeschäft kompensiert werden.

Umsatzentwicklung in der Industrie¹

Jahr	Inlandsumsatz		Auslandsumsatz		
	Mill. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	Anteil am Umsatz insgesamt
1960	5 434	.	960	.	15,0
1961	6 066	11,6	945	- 1,6	13,5
1962	6 577	8,4	868	- 8,1	11,7
1963	6 965	5,9	1 000	15,2	12,6
1964	7 157	2,8	921	- 7,9	11,4
1965	7 852	9,7	1 101	19,5	12,3
1966	8 154	3,8	1 331	20,9	14,0

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

Die Exporte Schleswig-Holsteins stiegen 1966 gegenüber dem Vorjahr um 21,0% (Bund + 12,5%) und erreichten mit 1,65 Mrd. DM das höchste Ergebnis seit Kriegsende. Maßgeblichen Anteil an diesem Rekordergebnis hatte die Werftindustrie, deren Anteil am gesamten Export Schleswig-Holsteins sich 1966 auf 29,5%³ belief.

Ein Vergleich zwischen den Bundesländern zeigt, daß Schleswig-Holstein im Hinblick

auf den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen im Jahre 1966 nach Rheinland-Pfalz, Bayern und Hamburg den vierten Platz einnimmt. Nach Ausschaltung der Preiseinflüsse durch Bewertung des mengenmäßigen Bruttoinlandsprodukts mit Preisen des Jahres 1954 verbleibt für Schleswig-Holstein mit einem "realen" Zuwachs von 3,6% ein fünfter Rang als Folge der in Schleswig-Holstein relativ starken Preiskomponente.

Da in Schleswig-Holstein die Wohnbevölkerung 1966 gegenüber dem Vorjahr weiterhin angestiegen ist, der relative Bevölkerungszuwachs allerdings geringer ausfiel als die relative Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, mußte das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ebenfalls steigen, wenn auch in einer kleineren Rate (5,3%) als das absolute Bruttoinlandsprodukt. Daß bei der Interpretation der Meßzahl von 83,7% des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner der relativ hohe Auspendlerüberschuß Schleswig-Holsteins berücksichtigt werden muß, wurde schon an anderer Stelle ausführlich erläutert⁴. Die aus Schleswig-Holstein auspendelnden Erwerbstätigen (rund 7% der Gesamtheit der schleswig-holsteinischen Erwerbstätigen) sind zwar im Nenner der Meßzahl Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als zur Wohnbevölkerung gehörig mitgezählt, das von ihnen erzeugte Bruttoinlandsprodukt ist aber überwiegend im Hamburger Bruttoinlandsprodukt enthalten, da es nicht in Schleswig-Holstein geschaffen wurde und insofern nicht zum Inlandsprodukt Schleswig-Holsteins gehört. Es war bisher nicht möglich, der Einwohnerzahl eines Bundeslandes das diesen Inländern zufließende Einkommen gegenüberzustellen, also eine Meßzahl Sozial- (Inländer) produkt je Einwohner zu berechnen. Inzwischen vorliegende Rechnungen an der Verteilungsseite des Sozialprodukts lassen jedoch die Aussage zu, daß eine solche Meßzahl ein für Schleswig-Holstein wesentlich günstigeres Bild ergibt, wenn auch der Bundesdurchschnitt nicht erreicht wird⁵.

Werden Preiseinflüsse ausgeklammert und gleichzeitig der Bevölkerungszuwachs berücksichtigt, so verbleibt für Schleswig-Holstein ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner von 1,5%. Hier nimmt Schleswig-Holstein nurmehr den 6. Rang ein gegenüber einem 4. Rang beim Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen; eine Folge sowohl der in Schleswig-Holstein relativ starken Preiskomponente wie auch der verhältnismäßig großen Bevölkerungszunahme im Jahre 1966.

3) Für die Zuwachsrate der Gesamtausfuhr wie auch für den Anteil der Werftindustrie an der Ausfuhr im Jahresvergleich spielen die Ablieferungstermine größerer Schiffe eine wesentliche Rolle

4) Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 103 (Mai)

5) Diese Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht

Die Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen

Über die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum gesamten Bruttoinlandsprodukt und deren Veränderung gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß. Den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins hatten 1966 wiederum die produzierenden Bereiche, die mit 8,9 Mrd. DM 53,7% der wirtschaftlichen Gesamtleistung erzielten. Im Bundesgebiet betrug ihr Anteil trotz der erheblichen geringeren Bedeutung der Landwirtschaft sogar 56,1%. Der Anteil dieser Bereiche am gesamten Bruttoinlandsprodukt ist allerdings sowohl in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet infolge merklich höherer Zuwachsraten der nichtproduzierenden Bereiche (Handel, Verkehr und übrige Dienstleistungen) seit 1960 ständig zurückgegangen. Auffällig ist insbesondere die

seit langem steigende relative Bedeutung der übrigen Dienstleistungen, während der Bereich Handel- und Verkehr seinen Anteil an der wirtschaftlichen Gesamtleistung sowohl auf Bundesebene wie auch in Schleswig-Holstein in etwa behaupten konnte. Der Anteil der nichtproduzierenden Bereiche an der wirtschaftlichen Gesamtleistung erreichte 1966 im Bundesgebiet 43,9%, in Schleswig-Holstein 46,3%. Diese Tatsache führte in Schleswig-Holstein einerseits zu einer relativ hohen Preiskomponente des Bruttoinlandsprodukts, andererseits ist dieser strukturelle Unterschied angesichts der genannten relativ hohen Wachstumsraten der nichtproduzierenden Bereiche jedoch als eine der Ursachen dafür anzusehen, daß in den Jahren des sich ständig abschwächenden Wachstums die Wachstumseinbußen in Schleswig-Holstein nicht so groß waren wie

Das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1966 nach Wirtschaftsbereichen

— in jeweiligen Preisen —

Jahr	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Produzierende Bereiche ¹	Handel und Verkehr ²	Übrige Dienstleistungsbereiche ³	Produzierende Bereiche ¹	Handel und Verkehr ²	Übrige Dienstleistungsbereiche ³
Mill. DM						
1960	5 596	1 910	2 400	175 800	58 490	62 350
1961	6 233	2 115	2 679	192 640	63 400	70 560
1962	6 845	2 407	2 915	207 880	69 670	77 330
1963	7 311	2 545	3 232	218 280	73 920	85 760
1964	7 830	2 758	3 605	239 420	80 610	94 570
1965 ⁴	8 402	3 003	4 019	257 750	87 480	105 430
1966 ⁴	8 900	3 200	4 400	268 500	92 700	117 500
Zuwachsrate in %						
1960	8,6	7,5	12,8	18,3	16,3	20,2
1961	11,4	10,5	11,6	9,6	8,4	13,2
1962	9,8	13,8	8,8	7,9	9,9	9,6
1963	6,8	5,7	10,9	5,0	6,1	10,9
1964	7,1	8,4	11,5	9,7	9,1	10,3
1965 ⁴	7,3	8,9	11,5	7,7	8,5	11,5
1966 ⁴	6,0	7,3	10,6	4,2	6,0	11,4
Anteile am Bruttoinlandsprodukt in %						
1960	56,5	19,3	24,2	59,3	19,7	21,0
1961	56,5	19,2	24,3	59,0	19,4	21,6
1962	56,3	19,8	24,0	58,6	19,6	21,8
1963	55,9	19,4	24,7	57,8	19,6	22,7
1964	55,2	19,4	25,4	57,7	19,4	22,8
1965 ⁴	54,5	19,5	26,1	57,2	19,4	23,4
1966 ⁴	53,7	19,4	26,8	56,1	19,4	24,5

1) Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, Energiewirtschaft und Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe

2) einschl. Nachrichtenübermittlung

3) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Staat, Dienstleistungen (von Unternehmen und freien Berufen erbracht), private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter

4) vorläufige Ergebnisse

im Bundesgebiet. Entscheidend für den Beitrag eines Bereichs zum Wachstum des gesamten Bruttoinlandsprodukts ist nämlich sowohl die Wachstumsrate in diesem Bereich als auch sein Gewicht, d. h. sein Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt. Eine kleine Rechnung mag diesen Sachverhalt verdeutlichen: Die Wachstumsrate des gesamten Bruttoinlandsprodukts läßt sich auffassen als gewogenes arithmetisches Mittel der Wachstumsraten in den einzelnen Bereichen, wobei als "Gewicht" die Anteile des Bereichs am gesamten Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr zu wählen sind (siehe Tabelle). So ergibt sich die Wachstumsrate des gesamten Bruttoinlandsprodukts Schleswig-Holsteins 1966 in Höhe von 7,5% als "gewogenes" arithmetisches Mittel der Wachstumsraten in den drei Bereichen wie folgt: $7,5 = 6,0 \times 0,545 + 7,3 \times 0,195 + 10,6 \times 0,261$ oder $7,5 = 3,27 + 1,42 + 2,77$, wobei die einzelnen Teilsummen die "Beiträge" der drei zusammengefaßten Bereiche zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts insgesamt darstellen.

Der "Wachstumsbeitrag" der produzierenden Bereiche belief sich also in Schleswig-Holstein auf 3,3%, die nichtproduzierenden Bereiche trugen 4,2% zum Wachstum des gesamten Bruttoinlandsprodukts bei. Die entsprechende Rechnung für den Bund ergibt einen Beitrag der produzierenden Bereiche von 2,4% und einen der nichtproduzierenden Bereiche von 3,8%. Anders ausgedrückt: Hätten die produzierenden Bereiche weder in Schleswig-Holstein noch im Bundesgebiet eine Erhöhung ihrer Leistung erreicht (wäre die Wachstumsrate der produzierenden Bereiche also = 0 gewesen), so wäre das gesamte Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein mit 4,2% stärker gestiegen als im Bund mit 3,8%. Dieses Ergebnis wäre allein eine Folge des in Schleswig-Holstein höheren Anteils dieser nichtproduzierenden Bereiche am gesamten Bruttoinlandsprodukt, denn die relative Leistungssteigerung

dieser Bereiche gegenüber dem Vorjahr war mit 8,2% Zunahme in Schleswig-Holstein sogar kleiner als im Bundesgebiet (9%).

Beim Vergleich der Zuwachsraten der produzierenden Bereiche Schleswig-Holsteins und des Bundes zeigt sich noch einmal die bereits angesprochene Tatsache, daß diese Bereiche in Schleswig-Holstein wesentlich schwächer vom Konjunkturverlauf betroffen waren als im Bundesgebiet. Diese voneinander abweichenden Entwicklungen werden noch deutlicher, wenn die Landwirtschaft aus den produzierenden Bereichen ausgeklammert wird: die produzierenden Bereiche ohne Landwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei erreichten in Schleswig-Holstein nahezu die Wachstumsrate des gesamten Bruttoinlandsprodukts, während sich für das Bundesgebiet nach Herausnahme der Landwirtschaft nur ein geringfügig höheres Wachstum ergab. Dieses Ergebnis spiegelt sich wider im Index der industriellen Nettoproduktion, der im wesentlichen die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion angibt. Dieser Index stieg im Jahre 1966 um über 4 Punkte in Schleswig-Holstein, während er sich im Bundesgebiet lediglich um 2 Punkte erhöhte.

Bei den bisher vorliegenden Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins im Jahre 1966 handelt es sich noch um erste vorläufige Ergebnisse. Diese basieren sowohl auf länderspezifischem Material wie auf Bundesergebnissen, wobei in beiden Fällen die herangezogenen statistischen Quellen oft nur vorläufig verwendbar sind. Diese ersten vorläufigen Ergebnisse bedürfen deshalb einer Überprüfung und einer eventuellen Korrektur, sie sind also entsprechend vorsichtig zu interpretieren, bis das angesprochene statistische Material vollständig zur Verfügung steht. Dann können auch über die grobe Bereichsgliederung hinausgehende Ergebnisse berechnet werden, deren Veröffentlichung für die Bundesländer unmittelbar bevorsteht. Etwa zur gleichen Zeit werden die ersten vorläufigen Ergebnisse des Bruttoinlandsprodukts in den Bundesländern im Jahr 1967 zur Verfügung stehen.

Dipl.-Volksw. Günter Kornetzky

Das Bauhauptgewerbe 1950 bis 1967

Teil 2

Beschäftigtenstruktur

Die "Menge" der Beschäftigten sagt für sich allein genommen nicht genug aus; es müssen noch Angaben über die Qualität dieser Menge hinzukommen, um fundierte Vorstellungen über den Faktor Arbeitskraft zu gewinnen. Die BauBerichterstattung liefert zwar eine ganze Reihe von Hinweisen über die fachliche Qualifikation

besonders wichtiger Gruppen, aber über so bedeutsame Sachverhalte wie die Altersgliederung der Inhaber, deren Vorbildung und Unternehmererfahrung oder die "Spezialitäten" der sonstigen Facharbeiter sagt sie nichts aus. Die Beurteilung des Beschäftigtenbestandes muß sich daher mehr vordergründig an den größeren Gruppen und deren Gewicht orientieren. Sie bleibt insofern unvollständig.

Beschäftigtenstruktur im Bauhauptgewerbe 1950, 1965 und 1967

Stellung im Betrieb	Ende Juli 1950		Ende Juni 1965		Ende Juni 1967	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Tätige Inhaber und Mitinhaber	3 631	7,8	2 618	3,7	2 632	4,3
Unbezahlte mithelfende Familienangehörige	.	.	188	0,3	198	0,3
Kaufmännische Angestellte (einschl. Lehrlinge)	1 658	3,5	2 629	3,8	2 648	4,3
Technische Angestellte (einschl. Lehrlinge)			1 493	2,1	1 576	2,6
Angestellte Poliere und Meister	961	2,1	1 588	2,3	1 549	2,5
Hilfspolierere, -meister und Fachvorarbeiter	1 744	3,7	3 650	5,2	3 011	4,9
Maurer	9 308	19,9	15 728	22,5	15 388	24,9
Betonbauer	300	0,6	1 069	1,5	981	1,6
Zimmerer	3 910	8,4	5 553	7,9	4 967	8,0
Übrige Baufacharbeiter ¹	783	1,7	3 594	5,1	3 375	5,5
Sonstige Facharbeiter ²	2 675	5,7	5 770	8,2	5 359	8,7
Hilfskräfte	16 430	35,1	22 055	31,5	16 727	27,1
Gewerbliche Lehrlinge, Umschüler, Praktikanten	5 425	11,6	4 080	5,8	3 300	5,3
Insgesamt	46 825	100	70 015	100	61 711	100

1) z. B. Dachdecker, Isolierer, Stukkateure

2) z. B. Kran- und Baggerführer, Schlosser

Die Beschäftigtenstruktur des Bauhauptgewerbes zeichnet sich durch einen hohen Anteil von Fachkräften aus; Ende Juni 1967 war fast jeder zweite Beschäftigte dieser Kategorie zuzuordnen. In dem betrachteten Zeitraum - also seit 1950 - ist diese als Kern des Arbeitskräftebestandes anzusehende Gruppe beträchtlich gewachsen. Das ist in erster Linie zu Lasten der Hilfskräfte (Helfer und Hilfsarbeiter) gegangen, deren Anteil sich von 35% Mitte 1950 auf 27% Mitte 1967 verringerte. Die Zunahme von Führungs- und Verwaltungsaufgaben schlägt sich in einem kräftigen Zuwachs der Angestellten nieder. Ihre Zahl hat sich in 15 Jahren mehr als verdoppelt, und zwar von knapp 1 700 auf rund 4 100 (Mitte 1965). Auch in der Zeit von 1965 bis 1967 hat diese Beschäftigtenkategorie - im Gegensatz zu den Facharbeitern - noch zugenommen. Von der Menge her gesehen sind die Angestellten allerdings weniger bedeutend: ihr Anteil belief sich Mitte 1950 auf 3,5%, Mitte 1967 auf 6,8%. Von den Angestellten sind etwas weniger als zwei Drittel kaufmännische Angestellte, etwas mehr als ein Drittel rechnete sich zu den technischen Führungskräften. Neben diesen, wie man sagen könnte, "Normal-Angestellten" gibt es im Bauhauptgewerbe eine besondere Gruppe von Angestellten, die als mittlere technische Führungsschicht auch einen eigenen Tarifvertrag haben, nämlich die Poliere und Meister. Sie sind versicherungsrechtlich den Angestellten zugehörig, werden aber im Bau-gewerbe, von ihrer Funktion her betrachtet, mehr zusammen mit den Hilfspolierern und Fachvorarbeitern gesehen. Die letztgenannte Gruppe, die Hilfspolierere also, gehören zur

Arbeiterrentenversicherung. Faßt man beide Gruppen, die funktional sehr eng miteinander verbunden sind, zusammen, dann zeigt sich auch bei dieser Kategorie eine durchaus beachtliche Verstärkung ihres Anteils. Von 5,8% Mitte 1950 vermehrte er sich auf 7,5% Mitte 1965. Von 1965 bis 1967 ist bei den beiden Untergruppen allerdings eine deutlich unterschiedliche Entwicklung eingetreten: In zwei Jahren hat die Zahl der Hilfspolierere von mehr als 3 600 auf ungefähr 3 000 abgenommen, das entspricht einem Rückgang von etwa 20%. Diese etwas unerwartete Entwicklung dürfte damit zusammenhängen, daß in Zeiten der Überbeschäftigung geeignet erscheinenden Facharbeitern sehr leicht Führungsaufgaben übertragen wurden, die zu einer besseren Bezahlung führten, was dann im Abschwung wieder rückgängig gemacht wurde.

Unter den klassischen Bauberufen nehmen die Maurer nach wie vor die erste Stelle ein. Sie konnten ihr Gewicht sogar noch verstärken: Während 1950 etwa jeder fünfte Beschäftigte diesen Beruf hatte, war es 1967 schon jeder vierte. Die Zimmerer haben zwar in ihrer absoluten Anzahl auch zugenommen, konnten aber ihren Anteil nicht ganz aufrechterhalten. In der Gruppe der übrigen Baufacharbeiter und sonstigen Facharbeiter zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie stark die Veränderungen im Bauhauptgewerbe gewesen sind; der Anteil der übrigen Baufacharbeiter, zu denen Dachdecker, Isolierer, Stukkateure usw. gehören, hat sich von knapp 2% auf fast 6% erhöht. Bei den sonstigen Facharbeitern, dazu rechnen Kran- und Baggerführer, Schlosser usw., war die

Expansion nicht ganz so heftig. Sie vergrößerten ihren Anteil von 5,7% auf 8,7%. In beiden Gruppen ist zu beachten, daß auch von 1965 bis 1967 die zunehmende Tendenz angehalten hat, was bei den Hilfskräften nicht der Fall war.

Weniger günstig ist die Situation bei den Nachwuchskräften: Der Anteil der gewerblichen Lehrlinge, Umschüler und Praktikanten ging von mehr als 11% Mitte 1950 auf 5,3% Mitte 1967 zurück. Hier muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß 1950 die besonderen Zeitumstände wahrscheinlich zu einem ungewöhnlich hohen Anteil von Umschülern und Praktikanten geführt haben, was in späteren Jahren, etwa seit 1960, nicht mehr der Fall war. Der Anteil der Lehrlinge hat sich auch von Mitte 1965 bis Mitte 1967 noch ermäßigt, und zwar von 5,8 auf 5,3% oder von 4 100 auf 3 300 Lehrlinge.

Zahlenmäßig gehören die Inhaber und Mitinhaber zu den "kleineren" Gruppen. Auf etwa 20 bis 25 Beschäftigte kam Ende Juni 1967 ein Unternehmer; am Anfang der Beobachtungsperiode kam einer auf etwa 12 - 15 Beschäftigte. Da im Bauhauptgewerbe die sogenannten Einbetriebsunternehmen und personalorientierten Gesellschaftsformen vorherrschen, korrespondiert die Zahl der Unternehmer mit der Zahl der Unternehmen. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen über die Betriebsgröße im 1. Teil dieses Aufsatzes (Jan. 1968) hingewiesen.

Arbeitsvolumen

Als der Mechanisierungsgrad im Bauhauptgewerbe noch niedrig war, konnte man die Summe der geleisteten Arbeitsstunden fast unbesehen als einen brauchbaren Maßstab für die damit erstellbare Bauleistung nehmen. Qualitätsdifferenzen waren zwar auch damals vorhanden, sie beeinträchtigten bei einigermaßen homogenen Bauvorhaben den Aussagewert aber nur unwesentlich. Mit zunehmender Mechanisierung oder, ökonomisch ausgedrückt, mit zunehmender Substitution von Arbeitskraft durch Kapital verliert das Maß "Arbeitsstunde" an Aussagefähigkeit hinsichtlich der mit ihr verknüpften Bauleistung.

Dieser Tatbestand soll durch das folgende Beispiel verdeutlicht werden: Um 1 000 m³ Boden über eine bestimmte Strecke zu bewegen, sind 100 Tiefbauarbeiter einen Tag, d. h. jeder 8 Stunden, beschäftigt. Die Bauleistung "Bodenbewegung" erfordert somit 800 Arbeitsstunden. Wenn die Arbeitsstunde mit 10 DM angesetzt wird (reine Lohnkosten + andere Kosten + Gewinn), dann kostet diese Bauleistung 8 000 DM. Die gleiche Bauleistung

soll nun mit hohem Kapitaleinsatz ausgeführt werden. Das "Kapital" hat dabei die Form einer Planierdraupe. Es wird angenommen, daß 5 Planierdraupen mit je einem Fahrer je 8 Stunden für diese Bauleistung benötigt werden. Bei der statistischen Darstellung dieser Bauarbeit werden für 5 Fahrer jeweils 8 Stunden, zusammen 40 Stunden nachgewiesen gegenüber 800 Arbeitsstunden bei dem zuerst dargestellten arbeitsintensiven Verfahren. Die Kostenrechnung könnte wie folgt aussehen:

40 Stunden Planierdraupen à 60 DM	= 2 400 DM
An- und Abtransport	= 600 DM
Gesamtkosten	= 3 000 DM

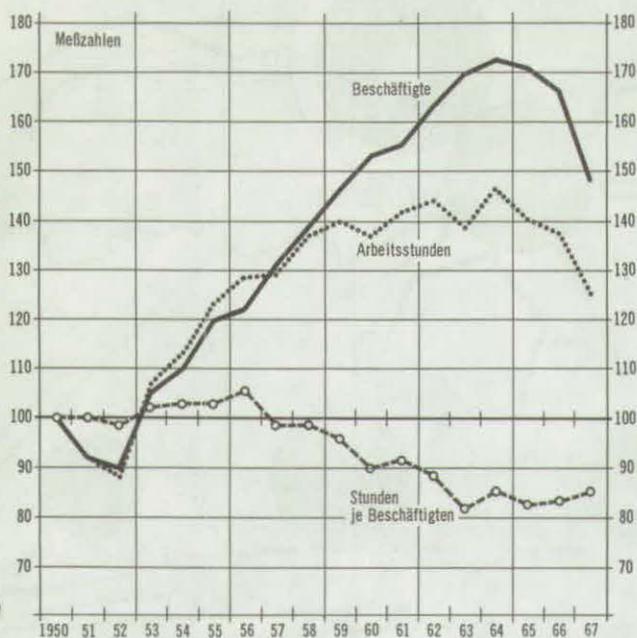
Die Kosten beim Einsatz von Planierdraupen würden um etwa 5 000 DM geringer sein als beim Einsatz von 100 Bauarbeitern. Wenn dieses Beispiel die Wirklichkeit auch sehr vereinfacht darstellt, so treten doch die grundsätzlichen Probleme, die bei der Messung der Bauleistung mittels der geleisteten Arbeitsstunden bestehen, deutlich hervor. Der Aufwand an menschlicher Arbeitskraft ist je nach dem Verfahren so verschieden groß, daß man die geleisteten Arbeitsstunden als Maßstab für die Bauleistungen im langfristigen Vergleich kaum noch gebrauchen kann.

Das Beispiel stellt Extremfälle von Produktionsweisen dar. Eine hochindustrialisierte Volkswirtschaft, wie sie in der Bundesrepublik gegeben ist, zeichnet sich durch kapitalintensive Produktionsweise aus. In einer Volkswirtschaft mit geringem Industrialisierungsgrad herrscht dagegen die arbeitsintensive Produktionsweise vor. Innerhalb einer Volkswirtschaft dürfte bei ausreichendem Wettbewerb eine starke Tendenz zur Annäherung der Produktionsverhältnisse bestehen, so daß für ein Abschätzen des Gewichtes der einzelnen Bauarten und seiner jeweils kurzfristigen Veränderung die Arbeitsstunden - mangels besserer Maßstäbe - ein hinreichend brauchbares Maß darstellen.

Langfristige Veränderungen des Arbeitsvolumens

Einen Beobachtungszeitraum von 17 Jahren kann man unter den Wirtschaftsverhältnissen, wie sie sich nach dem 2. Weltkrieg mit ihren großen und schnell aufeinander folgenden Veränderungen herausbildeten, durchaus als langfristig ansehen. In diesem Zeitraum verlief die Beschäftigtenentwicklung ausgesprochen positiv. Wenn man 1950 = 100 setzt, erreichte sie ihren Höhepunkt im Jahre 1964 mit einer Meßzahl von 172 und ging dann langsam bis 1967 auf 148 zurück. Die parallele Reihe, die

Beschäftigte und Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe 1950 - 1967



sich aus der Summe der geleisteten Arbeitsstunden ergibt, verläuft von 1953 bis 1956 leicht oberhalb der Beschäftigtenreihe. Die Arbeitsstunden nahmen von 1950 = 100 ausgehend bis 1956 auf 128 zu. Die Beschäftigtenmeßziffer liegt in diesem Jahr bei 122 und steigt bis 1957, also in einem Jahr, kräftig auf 131 an.

1957 ist dann das Jahr des Umschwungs. Von nun an liegen die Beschäftigtenmeßziffern ständig über denen der Arbeitsstunden. Die Ursache dafür liegt eindeutig in Arbeitszeit-

verkürzungen, die nach und nach durchgesetzt worden sind und dazu geführt haben, daß im Bauhauptgewerbe seit einigen Jahren die normale Arbeitszeit 40 Stunden an fünf Tagen beträgt. Die Beschäftigten-Meßzahl bleibt auch weiterhin bis 1967 oberhalb der Arbeitsstunden-Meßzahl, ohne von rezessiven Erscheinungen beeinflusst zu sein. Die Rezession dagegen zeigt sich darin, daß beide Reihen von 1965 ab sinken, und zwar die Beschäftigtenreihe etwas rascher als die Arbeitsstundenreihe.

Arbeitsstunden je Beschäftigten

Wenn die Beschäftigtenzahlen stärker steigen als die Arbeitsstunden, müssen zwangsläufig die Arbeitsstunden je Beschäftigten abnehmen. Das gilt sowohl für die in einem Jahr von einem Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden als auch für die Monatswerte. Parallel zu der oben dargestellten Entwicklung ist die Zahl der je Beschäftigten errechneten Arbeitsstunden zunächst leicht ansteigend, und zwar von 2 048 Arbeitsstunden im Jahre 1950 auf 2 155 im Jahre 1956. Die prozentuale Erhöhung liegt bei etwa 5%. Rechnet man die Stunden je Beschäftigten und Monat, so erhält man eine greifbarere Größe; für den infrage stehenden Zeitraum ergibt sich ebenfalls eine Erhöhung um etwa 5%, und zwar von 171 Stunden im Monatsdurchschnitt 1950 auf 180 Stunden im Jahre 1956. Bei dieser Betrachtungsweise ist das Jahr 1956 gewissermaßen der Zeitraum mit der höchsten individuellen Arbeitsleistung. Welche Faktoren im einzelnen dazu geführt haben, insbesondere wie stark Witterungsbedingungen zu dem Ergebnis geführt haben,

Die Beschäftigten und Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe 1950 bis 1967

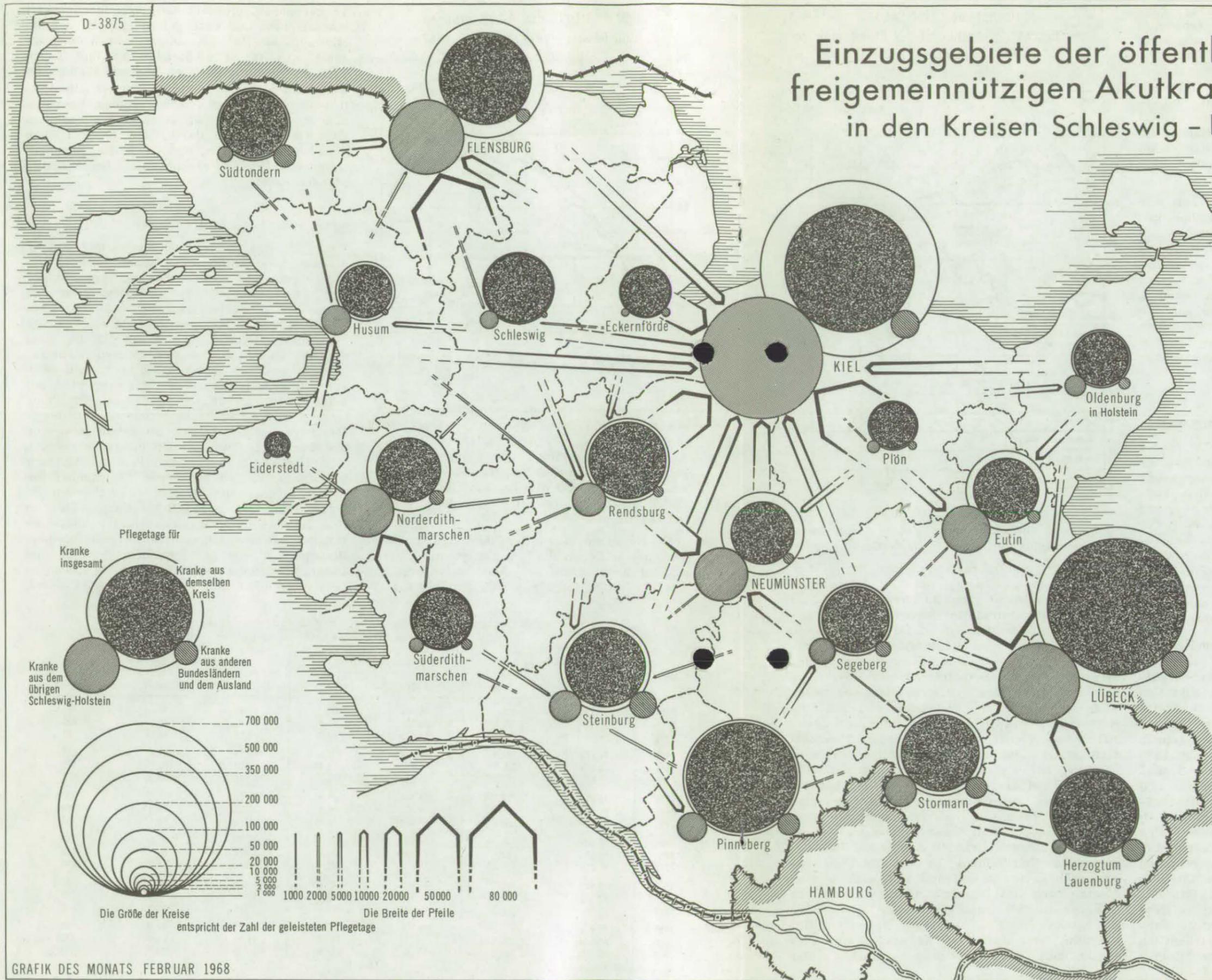
— Ergebnisse der monatlichen Bauberichterstattung —

Jahr	Beschäftigte		Arbeitsstunden		Stunden je Beschäftigten		
	Jahresdurschnitt	Meßzahl	in 1 000	Meßzahl	Im Jahr	Meßzahl	Im Monat
1950	39 835	100	81 595	100	2 048	100	171
1951	36 576	91,8	74 801	91,7	2 045	99,9	170
1952	35 597	89,4	71 670	87,8	2 013	98,3	168
1953	41 733	104,8	86 996	106,6	2 085	101,8	174
1954	43 733	109,8	91 941	112,7	2 102	102,6	175
1955	47 695	119,7	100 261	122,9	2 102	102,6	175
1956	48 594	122,0	104 737	128,4	2 155	105,2	180
1957	52 106	130,8	104 894	128,6	2 013	98,3	168
1958	55 228	138,6	111 437	136,6	2 018	98,5	168
1959	58 209	146,1	113 987	139,7	1 958	95,6	163
1960	60 895	152,9	111 548	136,7	1 832	89,5	153
1961	61 829	155,2	115 412	141,4	1 867	91,2	156
1962	64 932	163,0	117 308	143,8	1 807	88,2	151
1963	67 542	169,6	112 880	138,3	1 671	81,6	139
1964	68 637	172,3	119 184	146,1	1 736	84,8	145
1965	67 971	170,6	114 406	140,2	1 683	82,2	140
1966	66 044	165,8	112 131	137,4	1 698	82,9	142
1967 ¹	58 800	147,6	102 000	125,0	1 735	84,7	145

1) geschätzte Zahlen

Einzugsgebiete der öffentlichen und freigemeinnützigen Akutkrankenhäuser in den Kreisen Schleswig - Holsteins

im Jahre 1966



In den öffentlichen und freigemeinnützigen Akut-Krankenhäusern Schleswig-Holsteins wurden 1966 knapp 4 Mill. Pflegetage geleistet. Das Bild zeigt, wie sich diese Gesamtleistung auf die Krankenhäuser in den einzelnen Kreisen verteilt. Die Darbietung einfacher Kreiszahlen wäre für diesen Gegenstand fragwürdig, weil die erbrachte Leistung sich nur zu einem Teil auf den betreffenden Kreis bezieht. Solche Zahlen führten u. U. zu falschen Schlüssen, wenn etwa durch Berechnung je Einwohner der Versorgungsgrad der Kreise verglichen werden soll. In Fällen wie diesen müssen die einfachen Kreis-zahlen weiter aufgegliedert werden. In diesem Bild muß die Herkunft der Patienten, denen die Pflegetage gewährt wurden, berücksichtigt werden. Der Übersichtlichkeit wegen werden dabei einerseits alle Krankenhäuser eines Kreises im Bild zu einer Figur zusammengefaßt und andererseits nur drei Gruppen nach der Herkunft der Patienten unterschieden: die aus dem Kreis selbst, die aus anderen Kreisen des Landes (links darunter) und die aus anderen Bundesländern und dem Ausland (rechts darunter). Um wenigstens die zweite Herkunftsgruppe regional weiter aufzugliedern, wurden von den Strömen innerhalb des Landes die jeweils wichtigsten durch Pfeile in proportionaler Breite dargestellt.

Was das Bild erkennen läßt, soll am Beispiel des Kreises Pinneberg erläutert werden. Der dort abgebildete größte Kreis steht für die insgesamt in den Krankenhäusern des Kreises Pinneberg geleisteten 314 000 Pflegetage. Der darin liegende etwas kleinere Kreis bezeichnet die 285 000 Pflegetage für Kranke aus diesem Kreis. Der linke kleine Kreis gibt ein Bild davon, wie viele Pflegetage für Kranke aus dem übrigen Schleswig-Holstein erbracht wurden (17 400) und der rechte kleinere Kreis bezieht sich auf die Pflegetage für Kranke aus anderen Bundesländern und dem Ausland (11 100). Die Pfeile schließlich geben an, daß diese Kranken hauptsächlich aus den Kreisen Steinburg (12 300 Pflegetage) und Stormarn (1 600) kamen. Wie die Krankenhäuser in Pinneberg nur wenige "auswärtige" Kranke aufnahmen, so ließen sich auch die Einwohner dieses Kreises nur selten in Krankenhäusern der übrigen Kreise pflegen; Nur nach Segeberg (7 900), Steinburg (3 100) und Kiel (4 000) gingen sie in nennenswertem Umfang.

Das auffallendste Einzugszentrum ist Kiel. Hierher strömten Kranke aus allen übrigen Kreisen, und auf keinen Kreis entfielen weniger als 1 000 Pflegetage. Vor allem Einwohner aus den Kreisen Plön (mehr als 85 000 Pflegetage) und Rendsburg (über 50 000 Pflegetage) suchten die Krankenhäuser der Landeshauptstadt auf. Entscheidenden Anteil an dieser Konzentration haben die Universitätskliniken. Weitere bedeutende Einzugszentren sind Lübeck und Flensburg. Nach Lübeck kommen die meisten Fremdpatienten aus dem Kreis Eutin (über 75 000 Pflegetage). Flensburg ist vor allem auch für die Einwohner des Kreises Flensburg-Land zuständig, in dem es keine Krankenanstalten gibt.

muß einer besonderen Untersuchung vorbehalten bleiben. In dem folgenden Jahrzehnt bis 1967 ist die hervortretende Erscheinung die Arbeitszeitverkürzung. In dem betrachteten Jahrzehnt vermindert sich die individuelle Arbeitsleistung um etwa 400 Stunden. Im Jahr 1963 wird die bisher kleinste individuelle Arbeitsleistung ermittelt. Sie beläuft sich je Beschäftigten auf 1 671 Stunden im Jahr, das sind durchschnittlich 139 Stunden im Monat. Danach tritt eine leichte Erhöhung der Werte ein.

Die ständige Verkürzung der Arbeitszeit war von einer kräftigen Erhöhung der Löhne und Gehälter begleitet. Der "volle Lohnausgleich", wie der tariftechnische Ausdruck für diesen Sachverhalt, auf eine kurze Formel gebracht, lautet, ist in Wirklichkeit nicht nur voll erfüllt, sondern weit überschritten worden. Dazu bedarf es nur des Hinweises auf die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssummen seit 1950, die im Jahre 1966 bei zwei Drittel mehr Beschäftigten mehr als das Sechsfache des Betrages von 1950 ausmachten.

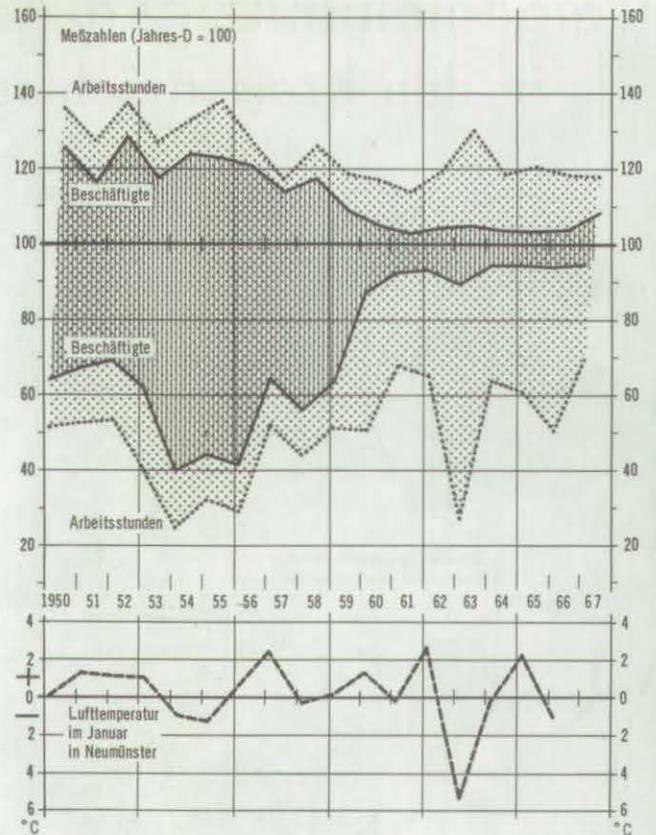
Saisonale Schwankungen der Beschäftigtenzahl

Das Baugewerbe ist über lange Zeiträume hinweg das Paradebeispiel für ein Saisongewerbe gewesen. Die erforderliche Anpassung an die Saisonschwankungen ging fast ausschließlich zu Lasten der Bauarbeiter, die nicht nur für die Qualität, sondern auch für die Quantität der Bauleistung den entscheidenden Faktor darstellen. Durch sofortige Entlassungen oder Einstellungen, die dank der sogenannten industriellen Reservearmee möglich waren, paßte sich der Unternehmer ohne Verzögerung veränderten Beschäftigungslagen an.

Je mehr die Witterung im Sommer und Winter auseinandergeht, desto größer sind die Ausschläge zwischen Über- und Unterbeschäftigung. Charakteristisch für diese Situation waren früher "Doppelberufe", wie z. B. Steinträger im Sommer, Holzfäller im Winter. Das hat sich in den letzten 5 bis 6 Jahren erheblich geändert. In dem Jahrzehnt 1950 bis einschließlich 1959 erreichen die Spannweiten zwischen jährlicher minimaler und maximaler Beschäftigung - wobei die Beschäftigtenzahlen am Ende eines Monats maßgeblich sind und der niedrigste Stand des Jahres gleich 100 gesetzt wird - noch Werte zwischen 172 und 309, seit 1960 aber nur noch zwischen 109 und 120. Die Schwankungsbreite ist also ganz erheblich geringer geworden. Das bedeutet zwar noch keine kontinuierliche Produktionsweise, wie sie in der Industrie vorherrscht, auf jeden Fall aber eine beträchtlich verbesserte Stabilität der Arbeitsverhältnisse

D - 3872

Höchst- und Tiefstwerte der Beschäftigtenzahl und der Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe 1950-1967



und damit zumindest eine größere Sicherheit der Arbeitsplätze für die Bauarbeiter.

Der niedrigste Beschäftigtenstand lag in dem betrachteten Zeitraum, der 18 Jahre einschließt, achtmal im Januar, neunmal im Februar und einmal im Dezember. Der Tiefstand im Dezember 1966 ist insofern ein Sonderfall, als hier die konjunkturelle Komponente stark durchschlägt; der Rückgang der Beschäftigtenzahlen setzt bereits 1965 ein. Die höchsten Beschäftigtenstände verteilen sich etwas breiter, und zwar von Juni bis September, mit deutlicher Häufung im Juli. In diesem Monat fällt der höchste Beschäftigtenstand achtmal. Dann kommt der September, der dreimal das Maximum aufweist. Für 1967 ist erstmalig seit 1950 der höchste Jahresstand im Oktober ermittelt worden. Das steht in deutlichem Gegensatz zu dem bislang beobachteten Saisonverlauf und ist auf die sich langsam wieder belebende Baukonjunktur zurückzuführen. In dem seit 1960 vergangenen Zeitraum scheint sich eine leichte Verlagerung des Beschäftigtenmaximums zur Jahresmitte hin durchgesetzt zu haben; alle Höchstwerte seit diesem Jahr liegen nämlich im Juni oder Juli. Das Rezessionsjahr 1967 bleibt dabei - wie schon ausgeführt - außer

Jährliche Schwankungen der Beschäftigtenzahl
im Bauhauptgewerbe von 1950 bis 1967

Jahr	Beschäftigtenstand		Spannweite ¹	Arbeitsstunden		Spannweite ¹
	Minimum	Maximum		Minimum	Maximum	
1950	25 513	49 965	196	3 506	9 236	263
1951	24 556	42 472	173	3 265	7 906	242
1952	24 560	45 785	186	3 175	8 197	258
1953	25 806	49 072	190	2 899	9 210	318
1954	17 497	54 123	309	1 859	10 160	547
1955	21 094	58 547	278	2 700	11 511	426
1956	20 154	58 792	292	2 503	11 091	443
1957	33 526	59 388	177	4 525	10 248	226
1958	30 938	64 755	209	4 072	11 688	287
1959	36 878	63 376	172	4 849	11 250	232
1960	53 240	63 935	120	4 691	10 872	232
1961	57 232	63 588	111	6 533	10 933	167
1962	60 500	67 565	112	6 397	11 616	182
1963	60 305	70 728	117	2 550	12 215	479
1964	64 731	70 801	109	6 312	11 765	186
1965	64 113	70 066	109	5 785	11 472	198
1966	62 022	68 209	110	4 714	11 039	234
1967 ²	55 628	61 589	111	5 908	10 014	169

1) errechnet als Maßzahl, wobei das Minimum gleich 100 gesetzt wurde
2) geschätzte Zahlen

Betracht. Von 1950 bis 1959 war der September ein Monat mit hohen Beschäftigtenzahlen.

Bei der Untersuchung der Beschäftigungsschwankungen stellt sich heraus, daß die Jahre 1954 und 1965 die bisherigen Extremjahre sind. 1954 war nämlich die Differenz zwischen höchster und niedrigster Beschäftigtenzahl am größten, 1965 war sie am geringsten. Der Umschwung erfolgte 1960. Seit diesem Jahr bewirken eine Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen (z. B. Förderung des Winterbaus und Schlechtwettergeldregelung) und die anhaltende Überbeschäftigung im Bauhauptgewerbe, daß die monatlichen Beschäftigtenzahlen nur noch mit $\pm 5\%$ um den Jahresdurchschnitt pendeln. Daran scheint auch die Abschwächung der Baukonjunktur nichts mehr zu ändern, wie endgültige Daten für 1965 und 1966 beweisen und vorläufige für 1967 nahelegen. Aus dem "unständig" beschäftigten Bauarbeiter mit zwei halben Berufen ist ein ständig beschäftigter Spezialist geworden, der wie alle anderen Beschäftigten geregelten Urlaub (auch im Sommer) als nahezu selbstverständlich ansieht. Diese soziale Verbesserung sollte aber nicht als "vom Himmel gefallen" angesehen werden; die Medaille hat auch ihre Kehrseite, wie die explosive Umsatz- und Kostenentwicklung ahnen läßt.

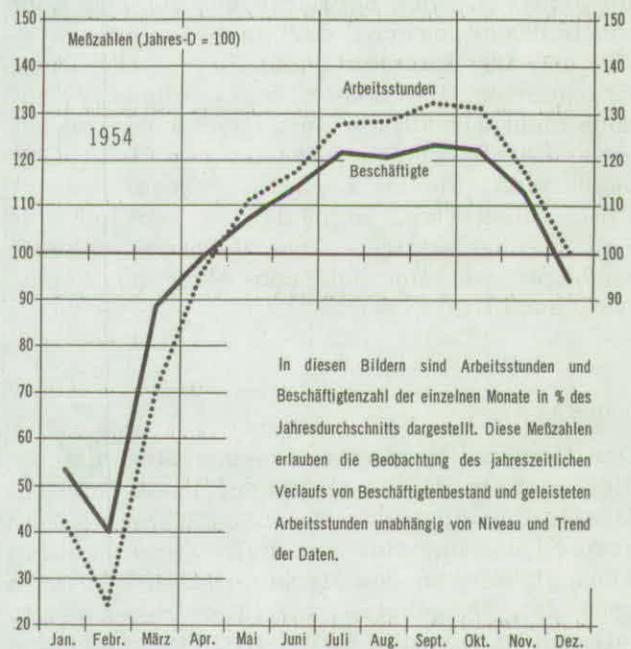
Schwankungen der Arbeitsstunden

Im jahreszeitlichen Verlauf ist die Bauleistung erheblich stärker als die Beschäftigtenzahl vom Wetter abhängig. Gemessen werden kann

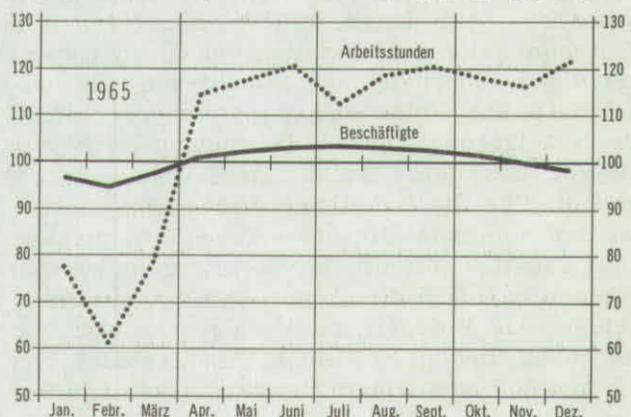
sie trotz aller Einschränkungen nur an den Arbeitsstunden. Die un stabile Witterung Schleswig-Holsteins mit ihren unverhofften Frosteinbrüchen bietet wenig Anreiz, die für das Bauen im Winter erforderlichen Maßnahmen mit Intensität zu treffen. Sie verleiten eher dazu, sich aufs Abwarten zu verlegen und zeitweiligen Stillstand der Bautätigkeit in Kauf zu nehmen. Im Jahre 1954, das als Muster für einen jahreszeitlichen Verlauf mit großen Schwankungen des Arbeitsvolumens anzusehen ist, verlaufen die Kurven der Beschäftigtenzahl und der geleisteten Arbeitsstunden im wesentlichen parallel, wobei im ersten Jahresdrittel die Arbeitsstundenkurve unterhalb der Beschäftigtenkurve liegt. Von April zu Mai tritt dann ein Umschlag ein; die Beschäftigtenzahlen nehmen nur noch wenig zu, das Arbeitsvolumen dagegen (gemessen an der Summe der geleis-

D - 3873

Jahreszeitliche Schwankungen
der Beschäftigtenzahl und der Arbeitsstunden
im Bauhauptgewerbe 1954 und 1965



In diesen Bildern sind Arbeitsstunden und Beschäftigtenzahl der einzelnen Monate in % des Jahresdurchschnitts dargestellt. Diese Maßzahlen erlauben die Beobachtung des jahreszeitlichen Verlaufs von Beschäftigtenbestand und geleisteten Arbeitsstunden unabhängig von Niveau und Trend der Daten.



steten Arbeitsstunden) stärker. Dieser Verlauf ist ein deutliches Zeichen dafür, daß von jedem Beschäftigten mehr Stunden geleistet werden. Zu bemerken ist außerdem, daß auch im letzten Drittel des Jahres 1954 die Arbeitsstundenkurve oberhalb der Beschäftigtenkurve verbleibt.

Ein gutes Jahrzehnt später, nämlich 1965, sehen die Dinge erheblich anders aus: Die Arbeitsverhältnisse haben sich stabilisiert, und zwar so weitgehend, daß kaum noch ein grundsätzlicher Unterschied gegenüber industriellen Arbeitsverhältnissen besteht. Lediglich im Februar tritt ein leichter Rückgang der Beschäftigtenzahl ein; sie weicht vom Jahresdurchschnitt aber nur um gut 5% ab. Die Kurve der geleisteten Arbeitsstunden hat auch 1965 im Februar ihren Tiefpunkt, steigt dann langsam an und hat bereits im April die Beschäftigtenkurve überholt. Sie hält sich bis Oktober ungefähr um 10 bis 20% über dem Jahresmittel. Von Oktober ab werden die Witterungseinflüsse wieder stärker, die Arbeitsstunden bleiben im November und Dezember um etwa 20 bis 25% unter dem Jahresdurchschnitt. Ein leichter Knick tritt lediglich im Juni ein, was daraufhin deutet, daß auch im Bauhauptgewerbe der Jahresurlaub überwiegend im Sommer genommen wird. Diese Erscheinung ist sicher nicht einmalig und auch nicht nur auf die Zeit einer ausgesprochenen Überbeschäftigung wie das Jahr 1965 beschränkt. Sie ist auch im rezessiven Jahr 1967 aufgetreten. Im Juli lag nämlich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden deutlich niedriger als im Juni und auch im August (vgl. auch Bild S. 41).

Umsatz

Der Umsatz ist das umfassende Merkmal für die Leistung des Bauhauptgewerbes auf dem Markt. Bei dieser Größe handelt es sich in erster Linie um eine nominelle Größe, deren Abhängigkeit von den Marktverhältnissen recht groß ist. Angebots- und Nachfragekonstellationen bestimmen daher die Entwicklung des Umsatzes sehr stark. Für den betrachteten Zeitraum ist die Marktsituation durch nahezu ständigen Überhang von Nachfrage gekennzeichnet. Die Folge davon ist eine erhebliche Preissteigerung, deren Wirkungen sich nur schwer aus dem Zahlenmaterial ausschalten lassen. Für die fiskalische Betrachtungsweise ist der nominale Umsatz maßgeblich. Steuern und sonstige öffentliche Leistungen werden normalerweise in Prozenten vom Umsatz festgelegt. Als Beispiel dafür mag eine einfache Rechnung dienen: Bei einer Umsatzsteuer von 4% mußten von einem Umsatz von ungefähr 270 Mill. DM (1950) 11 Mill. DM Steuern ge-

zahlt werden. Eine Umsatzsteigerung auf 1,7 Mrd. DM bis zum Jahre 1965 läßt die Umsatzsteuer - ceteris paribus - auf nahezu 70 Mill. DM ansteigen.

Will man von den Nominalwerten des Umsatzes auf die dahinter stehende Realleistung kommen, muß man die Umsatzwerte deflationieren. Da man keinen völlig adäquaten Index der Baupreisentwicklung hat, muß man ersatzweise den Baupreisindex für Wohngebäude heranziehen. Dieser Index stieg im Bundesgebiet von 1950 = 100 bis 1965 auf 209. Für das Bundesgebiet ergibt sich unter Anwendung dieses Indexes eine reale Umsatzausweitung von 1950 bis 1965 auf das Vierfache, während die nominalen Umsätze auf fast das Siebenfache zugenommen haben. Eine ähnliche Entwicklung dürfte auch in Schleswig-Holstein vorliegen. Der Jahresumsatz im Bauhauptgewerbe belief sich nämlich 1950 auf rund 270 Mill. DM und erreichte 1965 rund 1,7 Mrd. DM, das war mehr als das Sechsfache des Betrages im Ausgangsjahr. Der preisbereinigte Umsatz des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes wird 1965 schätzungsweise eine Mrd. DM betragen haben, wenn man ihn auf 1950 bezieht.

In dem verhältnismäßig langen Zeitraum von 1950 bis 1966 hat es kein einziges Jahr gegeben, in dem ein Jahresumsatz unter dem Wert des Vorjahres gelegen hat. Für 1967 liegen die endgültigen Zahlen noch nicht vor. Hier besteht die Vermutung, daß erstmals die Umsatzhöhe des Vorjahres nicht wieder erreicht werden wird. In den ersten fünf Jahren von 1950 bis 1955 hat sich der Umsatzwert rund verdoppelt. Von 1955 bis 1960 wiederholte sich die Verdoppelung auf nunmehr höherem Niveau, und von 1960 bis 1966 belief sich die Zuwachsrate auf rund 70%. Besonders stürmisch war das Umsatzwachstum von 1952 auf 1953 (+ 24%), von 1954 auf 1955 (+ 25%) und von 1958 auf 1959 (+ 20%). Hohe Zuwachsraten gab es außerdem 1961 und 1962 mit über 18%. Seitdem hat sich die Umsatzentwicklung verlangsamt. 1965 waren es nur noch 2% mehr als 1964. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß 2% von 1,7 Mrd. DM Jahresumsatz 34 Mill. DM Umsatzzuwachs ausmachen. Bei 270 Mill. DM Jahresumsatz 1950 hätte die Zuwachsrate über 12% betragen müssen, um ein Umsatzplus von 34 Mill. DM zu erreichen. Je höher das absolute Niveau, um so gewichtiger werden relativ kleine Zuwachsraten. Eine Zuwachsrate von 10% auf 100 Mill. DM Umsatz bedeutet 10 Mill. DM Mehrumsatz, eine von 5% auf 1 Mrd. Umsatz jedoch 50 Mill. DM - also den fünffachen Mehrumsatz!

Auf einen wichtigen Bestandteil des Umsatzes muß hier vorwegnehmend kurz hingewiesen

werden, und zwar auf die Löhne und Gehälter. Die Entwicklung der Löhne und Gehälter, die hier von der Aufwandseite und nicht von der Einkommenseite her gesehen werden, verlief etwas langsamer als die Umsatzentwicklung: Von 1950 bis 1966 stieg die Meßziffer für den Umsatz von 100 auf 635, diejenige für Löhne und Gehälter von 100 auf 626. Erst von 1966 auf 1967 wurde diese Entwicklung - vermutlich nur vorläufig - unterbrochen: Infolge der durch die Konjunkturabschwächung bedingten Freisetzung von Bauarbeitern ging die Lohnsumme um schätzungsweise 70 Mill. oder mehr als 10% zurück, während die Umsatzentwicklung um nur ungefähr 2% rückläufig sein wird. Die divergierenden Entwicklungen müssen aber nicht einen neuen Trend bedeuten, denn die Konjunkturabschwächung von 1966/67 ist in diesem Ausmaß erstmalig nach der Währungsreform aufgetreten. In der Bauberichterstattung werden überwiegend die Geldeingänge als Umsatz gemeldet; diese beziehen sich oft auf Leistungen in anderen Perioden, so daß die Entwicklung des Umsatzes zeitlich nicht völlig der Entwicklung der Bauleistung entspricht. Im Abschwung kann daher ein weiterhin steigender Umsatz zu falschen Schlüssen führen.

Für den langfristigen Vergleich spielt der "time-lag" zwischen Leistung und Umsatz keine Rolle mehr. Die nachstehende Tabelle bringt einige Umsatzkennziffern. Ein Vergleich ihrer Entwicklungen zeigt, daß in den betrachteten 17 Jahren der Umsatz je Betrieb am weitaus stärksten gestiegen ist. Dies ist mit einer Auswirkung der Tendenz zum großen Betrieb. Am wenigsten, nämlich nur knapp auf das Vierfache, hat sich der Umsatz je Beschäftigten erhöht.

In großen Schritten nahm der Umsatz je Arbeitsstunde zu. Er belief sich 1950 auf

Umsatzdaten des Bauhauptgewerbes

Jahr	Umsatz					
	je Betrieb		je Beschäftigten		je Arbeitsstunde	
	1 000 DM	Meßzahl	1 000 DM	Meßzahl	DM	Meßzahl
1950	87,3	100	7,3	100	3,58	100
1955	198,3	113	11,5	155	5,49	153
1960	424,7	486	17,3	236	9,46	264
1965	710,9	814	26,1	355	15,49	433
1966	750,2	859	28,1	383	16,54	462

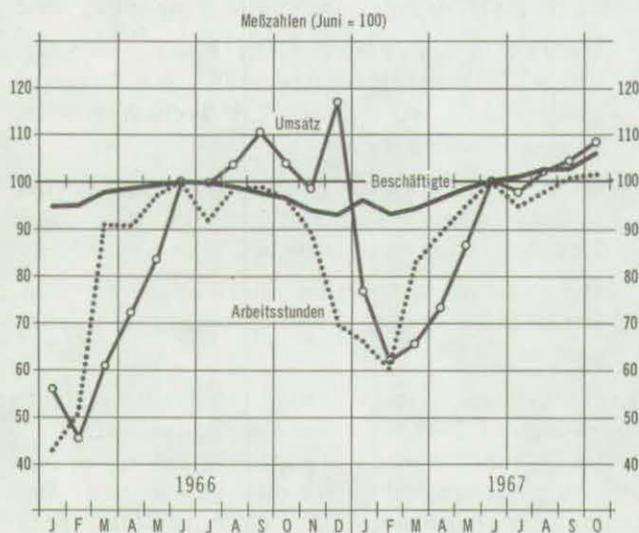
3,58 DM, hatte 1955 5,49 DM erreicht und wuchs bis 1960 auf 9,46 DM an. In dem folgenden Jahrfünft brachten Überbeschäftigung, aber auch eine kräftige Zunahme der Kapitalverwendung den Umsatz je Arbeitsstunde auf über 15 DM, wobei nicht festzustellen ist, ob die Preiskomponente oder der erhöhte Kapitaleinsatz den größeren Anteil an der frappierenden Zunahme haben. 1966 wurde dann ein Umsatz je Arbeitsstunde von 16,54 DM erreicht.

Umsatzentwicklung nach Bauarten

Erst seit 1954 werden die Umsätze nach den einzelnen Bauarten hinreichend aufgeteilt, so daß die folgenden Betrachtungen mit diesem Jahr beginnen müssen. Der gesamte Umsatz belief sich damals auf 448 Mill. DM, von denen 193 Mill. DM für Wohnungsbau, knapp 29 Mill. DM für landwirtschaftliche Bauten und ungefähr 50 Mill. DM für gewerbliche und industrielle Bauten nachgewiesen wurden; für den öffentlichen Bausektor, zu dem öffentliche Hochbauten, wie Schulen und Rathäuser, ferner der Straßenbau und sonstige Tiefbau gehören, beliefen sich die Umsätze auf zusammen 175 Mill. DM. Vom Umsatz her gesehen war also der Wohnungsbau im Jahre 1954 um einiges gewichtiger als der öffentliche Bau. In 12 Jahren, also bis 1966, hat sich der gesamte Umsatz ungefähr vervierfacht. Das gilt etwas abgeschwächt auch für den Wohnungsbau, während der öffentliche Bau, und hier besonders der Hochbau, eine schnellere Entwicklung des Umsatzes aufweist. In Meßzahlen ausgedrückt nahm der Wohnungsbau von 1954 = 100 auf 382 zu, während der öffentliche und Verkehrsbau zusammen genommen auf 458 kletterte, darunter der öffentliche Hochbau sogar auf 547. Über die Frage, ob der Wohnungsbau gegenüber dem öffentlichen und Verkehrsbau relativ an Bedeutung verloren hat, oder ob die Preisentwicklung im öffentlichen Bausektor noch kräftiger als im Wohnungsbau war, sind nur Vermutungen möglich. Vielleicht lassen sich aus der Entwicklung der für diese Bauarten geleisteten Arbeitsstunden einige weitere Aufschlüsse gewinnen.

D - 3074

Das Bauhauptgewerbe in der Rezession



Umsatzstruktur
(Anteile der Bauarten an Umsatz und Arbeitsstunden in %)

Bauart	1950		1954		1955		1960		1965		1966	
	Umsatz	Arbeitsstunden	Umsatz	Arbeitsstunden	Umsatz	Arbeitsstunden	Umsatz	Arbeitsstunden	Umsatz	Arbeitsstunden	Umsatz	Arbeitsstunden
Insgesamt (Mill. DM; Mill. Std.)	292,1	8,2	448,0	9,2	550,0	10,0	1 055,4	11,2	1 771,7	11,4	1 854,6	11,2
davon in %												
Wohnungsbau	.	48,2	43,2	45,6	43,6	46,5	42,6	44,9	39,8	41,5	39,8	42,6
Landwirtschaftlicher Bau	.	10,6	6,5	7,2	6,4	7,3	6,3	6,7	5,1	5,1	5,3	5,4
Gewerblicher und industrieller Bau	.	14,8	11,1	10,1	10,1	9,4	11,3	11,1	12,0	11,7	11,5	10,9
Öffentlicher und Verkehrsbau zusammen	.	26,3	39,2	37,1	39,9	36,8	39,8	37,3	43,1	41,7	43,3	41,2
davon												
Hochbau	6,1	5,2	7,7	7,6	7,9	8,3	8,7	9,0
Straßenbau	11,5	9,6	16,0	13,7	16,3	14,4
Sonstiger Tiefbau	20,6	20,1	19,2	19,7	18,3	17,8

Es ist jedenfalls auf den ersten Blick erstaunlich, daß die auf die einzelnen Bauarten entfallenden Anteile von Umsatz und Arbeitsstunden nicht so weit voneinander entfernt sind, wie man vermuten könnte, wenn man daran denkt, daß die Arbeitsstunde im Tiefbau anders zu bewerten ist als die Arbeitsstunde im konventionellen Wohnungsbau. Für 1954 waren z. B. die Anteile des Umsatzes im Wohnungsbau 43,2%, während nach den Arbeitsstunden 45,6% aufgewendet wurden. In einem ähnlichen Verhältnis stehen die beiden Komponenten der Bauleistung auch im landwirtschaftlichen Bau. Für den gewerblichen und industriellen Bau und auch für den öffentlichen und Verkehrsbau kehren sich die Gewichte um, allerdings ist

der Unterschied verhältnismäßig gering. Auch für die weiteren Jahre bleibt diese grundlegende Tatsache, daß im Wohnungsbau und im landwirtschaftlichen Bau die Anteile der Arbeitsstunden etwas größer sind als die des Umsatzes, erhalten. Weitere Einzelheiten sind der obenstehenden Tabelle zu entnehmen.

Dieser Beitrag wird im nächsten Heft fortgesetzt!

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch den 1. Teil dieses Aufsatzes in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 3 (Januar). Entsprechende Darstellung für den Bund: E. v. Lucadou, "Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes 1950 bis 1965" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 19 (Januar)

Baumschulen

Das Verfahren, Umfang und Bedeutung landwirtschaftlicher und gärtnerischer Pflanzenzucht durch Angaben über Anbauflächen, Erträge und Verkaufserlöse zu erläutern, ist für eine Darstellung der Gehölzanzucht in den Baumschulen nur bedingt geeignet. Da sich die Anzucht häufig über mehrere Vegetationsperioden erstreckt, eine Vielzahl von Gehölzarten unterschiedlicher Zweckbestimmung umfaßt und die Erträge nicht in Gewichtseinheiten gemessen werden können, müssen zusätzliche Werte herangezogen und besondere Berechnungen vorgenommen werden.

Von 7 670 Betrieben unseres Landes, die im Jahre 1961 gärtnerische Kulturen für den Verkauf anbauten, befaßten sich 1 097 mit der Anzucht und Vermehrung von Gehölzen (ohne Forstbetriebe mit Pflanzenbeständen für den Eigenbedarf). Von ihnen waren 301 (27%) reine Forstbaumschulen, 422 (39%)

Gemischtbetriebe und 374 (34%) sogenannte Hochbaumschulen.

Entsprechend der geltenden Terminologie sind

Forstbaumschulen Betriebe, die Massengehölze weniger Arten für die Verwendung im Forst und der Landschaftsgestaltung heranziehen;

Gemischtbaumschulen Betriebe, die sowohl Zier- und Nutzgehölze als auch Forstpflanzen vermehren;

Hochbaumschulen Betriebe, die ausschließlich Zier- und Nutzgehölze heranziehen.

Ihrer Struktur nach sind die Baumschulen überwiegend (74%) "reine Gartenbaubetriebe", deren gärtnerische Verkaufserlöse mehr als 90% der gesamten Verkaufserlöse des Betriebes darstellen. Die Zuordnung nach

Größenklassen der LN ergibt, daß gut 70% der Betriebe weniger als 5 ha bewirtschaften, 15% zwischen 5 und 10 ha, der Rest größere Nutzflächen. 30% der Baumschulfläche entfallen auf die erstgenannte Betriebsgruppe, 18% auf die zweite und 52% auf die dritte. Das quantitative Schwergewicht der Gehölzvermehrung liegt demnach eindeutig in den größeren Betrieben.

Baumschulflächen in ha

	1950	1961	1965	1967
Hochbaumschulfläche	1 264	1 759	1 913	2 172
darunter im Kreis Pinneberg	1 039	-	-	1 839
Forstbaumschulfläche	828	1 447	1 214	1 122
darunter im Kreis Pinneberg	789	-	-	1 000
Baumschulfläche insgesamt ¹	2 092	3 206	3 936	4 239
darunter im Kreis Pinneberg	1 827	-	3 153	3 648

1) einschl. Wege, Staudenanzucht, Mutterbaumquartiere

Der Anteil des Kreises Pinneberg an der schleswig-holsteinischen Baumschulfläche ist von 1950 mit 87,4% auf 1967 mit 86,1% leicht zurückgegangen. In dieser Verschiebung kommen vor allem die wachsenden Schwierigkeiten im Bereich des "Hamburger Umlandes" zum Ausdruck, die sich aus der stärkeren Inanspruchnahme der Nutzfläche für andere Zwecke (Wohn-, Industrie- und Verkehrsbauten) ergeben. 1961 entfiel 62,5% der Baumschulfläche des Kreises Pinneberg auf Gemeinden des "Achsenraumes Hamburg-Elmshorn", 7,3% auf den "Zwischenachsenraum Hamburg/Elmshorn-Hamburg/Wedel" und 21,8% auf den "Zwischenachsenraum Hamburg/Elmshorn - Hamburg/Kaltenkirchen".

Die Konzentration der Baumschulen auf den "Achsenraum Hamburg-Elmshorn" war und ist für die Landesplanung, die eine verstärkte Förderung dieses Gebietes vorsieht, von besonderer Bedeutung.

Die Hochbaumschulen

Die unter dem Sammelbegriff "Hochbaumschulen" zusammengefaßten Betriebe umfassen eine Vielzahl spezialisierter und miteinander durch Verträge und Vereinbarungen verbundener Unternehmen, zugleich aber auch solche mit einem vielseitigen Produktionsprogramm. Die Spezialisierung kann sowohl horizontal durch eine Beschränkung auf eine oder wenige Anzuchtstadien (Jungpflanzen, Unterlagen) als auch vertikal in der Beschränkung der Artenzahl (Rosen, Moorbeetpflanzen) ausgeprägt sein. Die wichtigsten Gruppen werden gebildet von den Obstbaumschulen, den Rosenschulen und den Sortiments- oder Versandbetrieben. Dazwischen bestehen alle nur vorstellbaren

Übergänge. Die Entwicklung und Wandlung der Hochbaumschulen wird am Beispiel einiger Gruppen von Erzeugnissen deutlich:

Anzuchtfläche in ha

	1950	1961	1965	1967
Obstgehölze ¹	500	244	275	317
Ziergehölze und Rosen ¹	764	1 515	1 638	1 855

1) einschl. Unterlagen

Die in Flächensummen dargestellte Entwicklung läßt qualitative Veränderungen nicht erkennen. Eine Ergänzung durch Angaben über die Produktion verkaufsfähiger Hochbaumschulerzeugnisse läßt jedoch Schlüsse hierüber zu. Insgesamt lassen Erzeugung und Absatz von Gehölzen in den letzten 10 Jahren folgende Momente erkennen:

Rückgang im Angebot von Obstbäumen und -sträuchern,

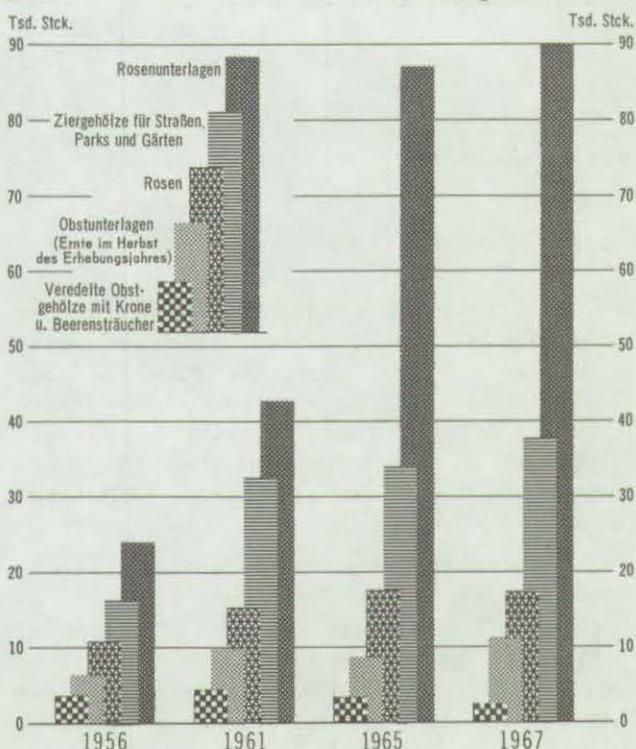
einen Anstieg der Anzucht von Obstunterlagen, eine Ausweitung der Produktion von Ziergehölzen um mehr als 100%,

die besonders starke Steigerung der Zahl verkaufsfähiger Rosenunterlagen um mehr als 280%.

Der Rückgang der Anzucht von Obstgehölzen ist auf die rückläufige Nachfrage sowohl aus dem Erwerbs- wie aus dem Haus- und Klein-

D - 3869

Gehölze in den Baumschulen Schleswig - Holsteins



gartenanbau zurückzuführen. Der Anstieg von 1956 bis 1961 war vor allem durch eine starke Ausweitung der Beerenobstvermehrung von 1,1 Mill. auf über 3 Mill. Stück verursacht. Inzwischen ist diese wieder auf 1,9 Mill. Stück zurückgegangen. Erheblichen Anteil hieran hatten die Schwarzen Johannisbeeren, deren Anbau um 1959/61 erheblich vergrößert, dann aber wegen wachsender Unrentabilität eingeschränkt wurde.

Der Produktionszuwachs bei Obstunterlagen hängt deutlich mit den Standortvorteilen des Landes und den ständig verbesserten Möglichkeiten der Mechanisierung von Pflege und Ernte zusammen. Schleswig-Holstein produzierte 1967 rund 72% aller Obstunterlagen im Bundesgebiet.

Zwischen der Entwicklung im Hoch- und Tiefbau und der Ausweitung der Ziergehölz- und Rosenanzuchten bestehen klare Zusammenhänge. Eine erste Reduzierung des Anbaues bei Rosen für 1967 dürfte bereits Ausdruck der konjunkturellen Abschwächung im Jahre 1966 sein. Die führende Stellung des Landes in der Vermehrung von Rosenunterlagen konnte gehalten werden. 95% der Gesamtproduktion dieser Arten entfallen auf Schleswig-Holstein. Auch bei Ziergehölzen ist 1967 eine leichte Stagnation eingetreten.

Die Forstbaumschulen

Die Zusammensetzung der im Sammelbegriff "Forstbaumschulen" erfaßten Betriebe ist wesentlich einfacher, wenngleich etwa drei Fünftel der Forstpflanzenfläche auf die Gemischtbaumschulen entfallen.

Forstbaumschulfläche in ha

	1950	1961	1965	1967
Reine Forstbaumschulen	190	556	.	.
Gemischtbetriebe	638	891	.	.
Insgesamt	828	1 447	1 214	1 122

Die seit 1961 rückläufige Entwicklung der Anzuchtflächen findet ihren Ausdruck auch in den seit 1964 erhobenen Angaben über die Gehölzzahlen. Sie lassen einen quantitativen Rückgang des Angebotes sowie Veränderungen in der Artenzusammensetzung erkennen, die von der Nachfrage bestimmt wurden.

Die Veränderungen der Forstpflanzenerzeugung werden durch einen Vergleich der Altersklassengliederung noch deutlicher. So trat bei Fichten in dem dargestellten Zeitraum eine "Verjüngung" ein. Der Anteil der einjährigen Sämlinge an der Gesamtzahl stieg von 1964 bis 1967 von 31,5 auf 35,8%, die Zahl der

Forstpflanzen in Mill. Stück

	1964	1967
Fichten	514,9	488,7
Tiefland-Kiefer	51,2	52,6
Höhenkiefer	120,7	90,1
Douglasie	31,5	28,0
Europäische Lärche	25,4	19,3
Japanische Lärche	11,7	20,8
Nadelgehölze insgesamt	857,3	806,1
Rotbuche	42,0	49,3
Stieleiche	9,5	10,5
Traubeneiche	5,0	5,6
Esche	7,5	4,3
Bergahorn	12,2	12,9
Laubgehölze insgesamt	175,2	150,3

älteren Kulturen (3jährige verschulte und älter) ging von 35 auf 30% zurück. Der Altersaufbau der Tiefland-Kiefern- und Lärchenbestände blieb fast unverändert, bei Douglasien ging der Anteil einjähriger Pflanzen von 57 auf 47% zurück, bei Höhenkiefern von 66 auf 60%. - Besonders auffallend war die Änderung der Altersklassengliederung bei Rotbuchen. Der Anteil einjähriger Sämlinge ging bei dieser Art von 74 auf 38% zurück, bei drei- und mehrjährigen stieg er von 15 auf 24%. Bei Stieleichen nahmen die einjährigen Sämlinge von 43 auf 71% zu, bei Traubeneichen von 36 auf 80%, bei Eschen gingen sie von 60 auf 44% zurück, bei Ahorn stiegen sie von 46 auf 55%.

Insgesamt gesehen war demnach der Produktionsrückgang der Forstbaumschulen von einer leichten Zunahme des Gewichts der höheren Altersklassen ihrer Bestände begleitet.

Absatzverhältnisse

Von 827 Baumschulbetrieben mit Angaben über den Absatz ihrer Erzeugnisse lieferten 1961

644 hauptsächlich an Wiederverkäufer (78%)
183 hauptsächlich an Verbraucher direkt (22%).

Zwar läßt diese Gegenüberstellung eine quantitative Aussage über die auf den beiden Absatzwegen umgesetzten Warenmengen nicht zu, doch macht sie deutlich, daß Lieferungen an Wiederverkäufer die für das schleswig-holsteinische Baumschulgebiet entscheidende Absatzform darstellen. Sie gibt zugleich einen Hinweis auf die Struktur des Gebietes, in dem der eigentliche Absatz sich auf die sog. "Versandbaumschulen" konzentriert. Die große Zahl der erstgenannten Betriebe liefert die Ware an diese Unternehmen, die hier die Funktion eines Gehölzgroßhandels übernehmen. Reine Handelsunternehmen ohne gleichzeitige eigene Produktion fehlen daher - im Gegen-

satz zu anderen Sparten des Landbaues - im Bereich der Baumschulen fast völlig.

Etwa 95% der schleswig-holsteinischen Gehölz-anzuchten werden außerhalb der Landesgrenzen abgesetzt. Vor dem letzten Krieg lieferten insbesondere die Forstbaumschulen außer nach Süd- und Mitteldeutschland vor allem nach Ost- und Westpreußen sowie Schlesien. Heute sind die letztgenannten Gebiete als Abnehmer ausgefallen.

Auch den Hochbaumschulen ist der mitteldeutsche Markt weitgehend verschlossen. Eine gewisse Bedeutung hat lediglich der Warenverkehr mit Berlin (West).

Lieferungen der Gärtnereien und Baumschulen in 1 000 DM

	nach Berlin (West)	nach Mitteldeutschland
1965	7 712	-
1966	8 451	73

Etwa 60 - 65% dieser Warenlieferungen entfallen auf Erzeugnisse der Baumschulen, unter ihnen vor allem Rosen und Ziergehölze.

Erfreulich entwickelt hat sich der Export von Baumschulerzeugnissen.

Gehölz-Export aus Schleswig-Holstein in 1 000 DM

	1960/61	1962/63	1964/65	1966/67
Hochbaumschulerzeugnisse	2 029,8	3 453,3	5 352,8	9 471,3
Forstbaumschulerzeugnisse	1 681,9	509,9	945,2	1 674,3
Zusammen	3 711,7	3 963,3	6 298,0	11 145,6

Entscheidenden Anteil an der Ausfuhrsteigerung in der Saison 1966/67 hatten Mehrausfuhren nach Skandinavien, in die Schweiz und nach Österreich. Auf die EWG-Länder entfiel in der letzten Versandperiode ein Exportanteil von 7,8%, auf die skandinavischen Länder 57,7%, auf Österreich und die Schweiz 30,0%.

Der wichtigste Konkurrent im Außenhandel mit Baumschulerzeugnissen ist Holland, dessen Export von 1955 bis 1966 von 22,8 Mill. DM auf 80,8 Mill. DM anstieg. 1965 erreichte die niederländische Ausfuhr von Baumschulerzeugnissen in die Bundesrepublik einen Wert von rund 19 Mill. DM. Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein entfallen 40% der niederländischen Exporte auf EWG-Länder.

Produktionsleistung der Baumschulen

Ausdruck der Produktionsleistung in der Landwirtschaft sind die von den Betrieben erzielten Verkaufserlöse. Da für die Erzeugung und den Absatz von Baumschulerzeugnissen weder marktordnende Vorschriften (Preisregelungen)

bestehen noch die erzielten Preise ermittelt werden, lassen sich die Verkaufserlöse nur schätzungsweise angeben. Für nachstehende Angaben sind Auswertungen der Buchführungsergebnisse und die "Grünen Berichte" der Bundesregierung herangezogen worden. Danach ergibt sich folgende Entwicklung:

Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Baumschulen in Mill. DM

	1950	1961	1965	1967
Hochbaumschulen	10,34	40,62	.	.
Forstbaumschulen	6,78	35,45	.	.
Insgesamt	17,12	76,07	80,75	84,50

Die Entwicklung der Verkaufserlöse läuft nicht parallel zur Produktionsausweitung, sondern spiegelt zugleich die Schwankungen der Preisverhältnisse wider. Insgesamt kann für beide Baumschulbereiche ein anhaltend positives Wirtschaftswachstum bis 1961 abgelesen werden. Während die Hochbaumschulen später zwar keine größeren Wachstumsgewinne mehr erzielen, ihren Stand aber halten und ausbauen konnten, setzte in den Forstbaumschulen eine leicht rückläufige Entwicklung bis 1966 ein, die erst in der letzten Zeit zum Stillstand gekommen ist.

Investitionen

Ausmaß und Wert der Investitionen in den Baumschulen lassen sich nur global und annäherungsweise ermitteln. Während unter den Baumaßnahmen der Bau und Ausbau sowie die Verbesserung von Lager-, Sortier- und Absatzeinrichtungen das Schwergewicht bildeten, waren es im technischen Bereich vor allem Geräte und Maschinen zur Ernte und Aufbereitung der Ware. Aus Mitteln des "Grünen Planes" und der "Anpassungshilfe" wurde die Schaffung folgender Einrichtungen gefördert:

Lager-, Sortier- und Absatzeinrichtungen für Baumschulerzeugnisse

	1959/61	1962/66
Hochbaumschulen		
Zahl	95	139
cbm Lagerkapazität	48 000	70 000
Baukosten in Mill. DM	3,48	5,11
Forstbaumschulen		
Zahl	.	43
cbm Lagerkapazität	.	26 000
Baukosten in Mill. DM	.	2,58

1961 wurden 70 000 cbm Lagerraum in den schleswig-holsteinischen Baumschulen ermittelt, davon knapp 13 000 cbm mit maschineller Kühlung (21%). Inzwischen dürfte die Kapazität

der Kühllager rund ein Drittel des gesamten Lagervolumens umfassen.

Berücksichtigt man, daß Grundstücks-, Erschließungs- und Einrichtungskosten sowie Folgeinvestitionen nicht in die Förderung mit einbezogen waren, so kann das Gesamtbauvolumen der dem Absatz dienenden Einrichtungen von 1958 bis 1966 auf 25 Mill. DM geschätzt werden.

Für besondere Produktionseinrichtungen (Gewächshäuser, Beregnungsanlagen) wurden von 1950 bis 1965 weitere 10 Mill. DM aufgewendet. 1961 wurden von den Baumschulen 6,5 ha Glasflächen bewirtschaftet, diese Fläche wird für 1966 auf 10,5 ha geschätzt.

Trotz hohen Arbeitskräftebesatzes, der im Kreise Pinneberg 1965 u. a. etwa 800 Gastarbeitskräfte umfaßte, zeichnen sich die Baumschulen zugleich durch eine starke Mechanisierung aus. Einen Anhaltspunkt hierfür bietet die Landwirtschaftszählung 1960, nach der fast 26% der in Schleswig-Holstein festgestellten Einachsschlepper auf den Kreis Pinneberg entfielen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Geräte zur Schädlingsbekämpfung und Bodenentseuchung. Spezielle Aggregate stellen die Vorrichtungen zum Ernten, Sortieren, Bündeln, Verpacken, Kennzeichnen und Verladen der Gehölze dar. Zahl und Wert dieser technischen Hilfsmittel können auch nicht annähernd geschätzt werden.

Dipl.-Gärtner Franz Rickert

Kurzberichte

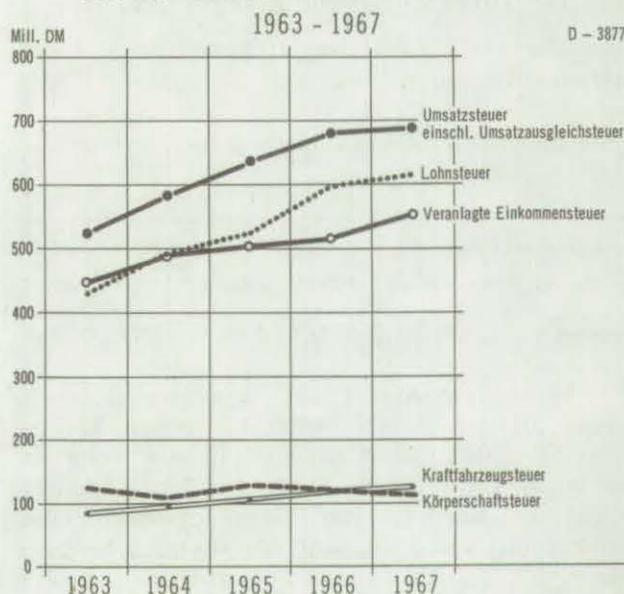
Das Landes- und Bundessteueraufkommen 1967

Trotz günstiger Entwicklung Steuersoll nicht erreicht

Das Land Schleswig-Holstein nahm im Jahre 1967 über 1 Mrd. DM an Landessteuern ein. Das sind 77 Mill. DM oder 7,8% mehr als im Jahr zuvor. Damit wurden die Zuwachsraten der vorangegangenen Jahre (1965 und 1966 jeweils 7,1%) zwar übertroffen, aber das im Haushaltsplan 1967 angesetzte Soll nicht erreicht. Vielmehr blieben die Einnahmen - 1 059 Mill. DM - um 12 Mill. DM hinter dem Soll zurück. Das ist jedoch nicht darauf zurückzuführen, daß die Mehreinnahme für 1967 zu hoch geschätzt wurde, sondern auf den zu hohen Ansatz von 1966. Für das Haushaltsjahr 1966 war mit einer Einnahme von 1 007 Mill. DM gerechnet worden, die auch Mitte 1966 beim Ansatz für 1967 zugrundegelegt wurde. In Wirklichkeit wurden aber 1966 nur 982 Mill. DM eingenommen. Von 1 007 Mill. DM ausgehend wurde für 1967 ein Zuwachs von 6,3% oder 64 Mill. DM erwartet. Dieser Zuwachs wurde zwar um 13 Mill. DM übertroffen, aber durch die hohe Ausgangszahl von 1966 das Soll von 1 071 Mill. DM nicht verwirklicht.

Von den reinen Landessteuern trug die Vermögensteuer wesentlich zur günstigen Entwicklung bei. Sie erhöhte sich um 13 Mill. DM oder 34,2% auf 52 Mill. DM. Nicht so kräftig wie im Vorjahr (+ 10%) nahm die Kraftfahrzeugsteuer zu, die 124 Mill. DM erreichte und damit 7 Mill. DM oder 6,4% mehr einbrachte. Das Aufkommen an Grunderwerbsteuer war wie im Vorjahr rückläufig. Es verringerte sich um 13,2% oder 2 Mill. DM auf 13 Mill. DM.

ENTWICKLUNG EINIGER STEUERARTEN



Demgegenüber sorgte der größere Bierkonsum für eine Mehreinnahme von 0,7 Mill. DM oder 7,7% an Biersteuer. Die Spielleidenschaft der Schleswig-Holsteiner brachte schließlich dem Land ein Mehr von 1,7 Mill. DM oder 10,9% an Lotterie- und Sportwettsteuer.

Rückgang der Konjunktur deutlich erkennbar

Der Rückgang der Konjunktur, der sich schon 1966 bemerkbar machte, hat sich 1967 voll auf die konjunkturrempfindlichen Steuern ausgewirkt. Das Umsatzsteueraufkommen war mit 686 Mill. DM nur um 6 Mill. DM oder 0,9% höher als 1966. Damals war noch ein Zuwachs von 6,7% zu verzeichnen gewesen

Einnahmen aus Landes- und Bundessteuern

Steuerart	1966 in Mill. DM	1967	Ver- änderung in %
Landessteuern	982,1	1 059,0	+ 7,8
darunter			
Vermögensteuer	39,1	52,4	+ 34,2
Gründerwerbsteuer	15,4	13,3	- 13,2
Kraftfahrzeugsteuer	116,2	123,6	+ 6,4
Biersteuer	9,1	9,8	+ 7,7
Bundessteuern	1 910,6	1 962,3	+ 2,7
darunter			
Umsatzsteuer (einschl. Umsatzausgleichsteuer)	680,5	686,4	+ 0,9
Beförderungsteuer	18,1	18,7	+ 3,1
Zölle	80,5	72,6	- 9,8
Tabaksteuer	411,3	475,2	+ 15,5
Steuern vom Einkommen¹	1 244,8	1 292,2	+ 3,8
darunter			
Lohnsteuer	598,1	615,8	+ 3,0
Veranlagte Einkommensteuer	517,4	552,2	+ 6,7
Körperschaftsteuer	118,3	110,4	- 6,7

1) in den Landes- und Bundessteuern anteilig enthalten

und 1965 sogar ein solcher von 9,2%. Auch die Lohnsteuer nahm nicht mehr so kräftig zu. Im Jahre 1966 waren u. a. infolge des Bewährungsaufstieges für Angestellte im öffentlichen Dienst und wegen der zweimaligen Gehaltserhöhung für die Angestellten und Beamten 14% oder 74,5 Mill. DM mehr an Lohnsteuer in die Finanzkassen geflossen. 1967 sind es nur noch 3% oder 18 Mill. DM gewesen. Anders sieht es bei der veranlagten Einkommensteuer aus. Hier führen die erst ein Jahr und später nach dem Veranlagungsjahr durchgeführten Veranlagungen zu Verschiebungen, so daß sich eine Verminderung der Einkommen 1967 steuerlich erst 1968/69 auswirkt. Das Einkommensteueraufkommen erhöhte sich nämlich etwas überraschend um 6,7% oder 35 Mill. DM auf 552 Mill. DM. Es überholte mit dieser Zuwachsrate erstmals seit 1959 die Lohnsteuer, blieb allerdings mit seinem Aufkommen auch weiterhin unter ihr. Bis 1963 war das Einkommensteueraufkommen immer höher als das Lohnsteueraufkommen gewesen. Das Körperschaftsteueraufkommen verminderte sich wiederum. Es belief sich auf 110 Mill. DM und war damit um 8 Mill. DM oder 6,7% niedriger als 1966.

Von den reinen Bundessteuern konnte nur die Tabaksteuer ein deutliches Plus verzeichnen. Mit 475 Mill. DM nahm der Bund 64 Mill. DM oder 15,5% mehr ein. Das dürfte nicht nur auf eine erhöhte Produktion der in Schleswig-Holstein ansässigen Tabakwarenindustrie zurückzuführen sein, sondern auch auf die Erhöhung der Tabaksteuer. Die Zollkassen des Bundes in Schleswig-Holstein mußten sich demgegenüber mit Mindereinnahmen von 8 Mill. DM oder 9,8% zufriedengeben.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten in Schleswig-Holstein

Verglichen mit dem übrigen Bundesgebiet schneidet Schleswig-Holstein recht günstig ab. In den ersten neun Monaten stieg das Landessteueraufkommen im Bundesdurchschnitt um 3,2% und in Schleswig-Holstein um 7,9%. Das Bundessteueraufkommen ist sogar im gesamten Bundesgebiet leicht zurückgegangen, während es in Schleswig-Holstein wenigstens um 0,4% stieg. Der kräftige Anstieg im letzten Vierteljahr in Schleswig-Holstein bei den Bundessteuern (+ 9,7%) läßt jedoch vermuten, daß 1967 auch im Bundesgebiet ein Zuwachs erzielt wurde.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Der Gemüseanbau auf dem Freiland

Der erwerbsmäßige Anbau von Gemüse auf dem Freiland ist im Jahre 1967 wieder etwas ausgedehnt worden. Mit rund 10 300 ha wurden jedoch immer noch 2 000 ha weniger Gemüse angebaut als 1963. Der Flächenrückgang seit 1963 ist auf die starke Einschränkung des Anbaus von Speisemöhren und Buschbohnen zurückzuführen. Im Jahre 1963 war mit 12 600 ha, abgesehen von den außerordentlich großen Anbauflächen in den Nachkriegsjahren (1918 = rd. 19 500 ha, 1946 - 48 = 20 800 ha), die größte Gemüseanbaufläche in Schleswig-Holstein ermittelt worden.

Nach wie vor hat der Kopfkohl anbau die größte Bedeutung. Zwar hat er gegenüber dem Vorjahr um 3% abgenommen, mit insgesamt 4 354 ha wurden aber immer noch 5% mehr Kopfkohl angebaut als im Durchschnitt der Jahre 1961/66.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Flächenanteils der wichtigsten in Schleswig-Holstein angebauten Feldgemüsearten am gesamten Gemüseanbau Schleswig-Holsteins seit 1963 in %.

Gemüseart	1963	1964	1965	1966	1967
Gemüse insgesamt in ha	12 632	11 575	8 922	10 087	10 304
darunter in %					
Kopfkohl	36	38	44	45	42
davon					
Weißkohl	22	21	25	24	25
Rotkohl	10	12	14	15	12
Wirsingkohl	4	5	6	6	5
Frischerbsen	18	19	17	18	22
Buschbohnen	19	21	15	16	15
Möhren	13	9	9	8	8
Blumenkohl	3	4	4	4	4

Während in den letzten Jahren die Kopfkohl-anbaufläche zwischen 4 000 und 4 500 ha blieb, war der Anbau von Frischerbsen, Buschbohnen

und Möhren starken Schwankungen unterworfen. Diese Schwankungen werden durch die unterschiedliche Aufnahmefähigkeit der Gemüsekonservenindustrie ausgelöst. 1963 wurden sowohl Möhren als auch Buschbohnen und Frischerbsen reichlich angebaut. 1964 wurden 600 ha Möhren weniger angebaut. 1965 waren die Konservenfabriken stark mit vorjähriger Ware versorgt, so daß nochmals 300 ha weniger Möhren, 600 ha weniger Frischerbsen und 1 100 ha weniger Bohnen angebaut wurden. 1966 wurde der Anbau von Frischerbsen um 300 ha und von Buschbohnen um gut 250 ha ausgedehnt. 1967 wurden nochmals 400 ha mehr Frischerbsen angebaut.

Mehr als 60% des gesamten Gemüses wird in den 4 Anbaugebieten

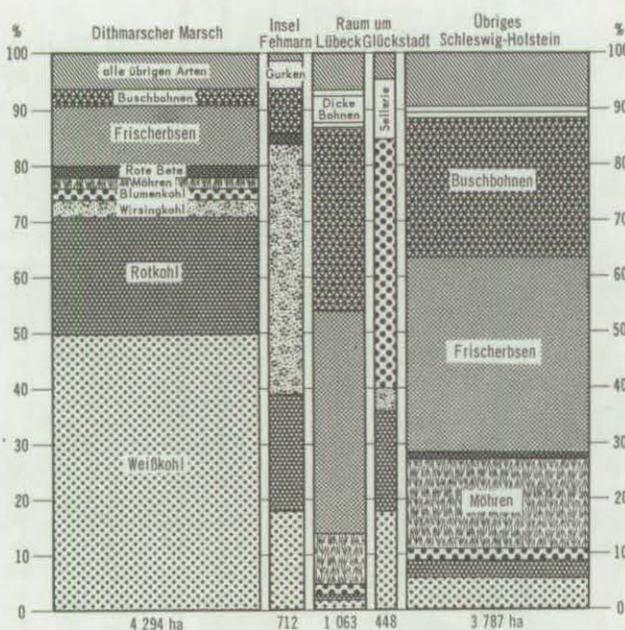
Dithmarscher Marsch
Raum um Glückstadt
Raum um Lübeck und
Insel Fehmarn

angebaut.

Das flächenmäßig bedeutendste geschlossene Gemüseanbaugelände in Schleswig-Holstein ist die Dithmarscher Marsch. Mehr als die Hälfte der Gemüseanbaufläche in diesem Gebiet nimmt der Weißkohl ein. Ihm folgt mit 20% Flächenanteil der Rotkohl. Die Anbaufläche für Wirsingkohl hat von 175 ha 1963 auf 124 ha 1967 abgenommen. Der Frischerbsenanbau hat nach der starken Einschränkung 1964 von Jahr zu Jahr wieder an Bedeutung gewonnen. 1967 waren über 10% der Gemüseanbaufläche Frischerbsen.

D - 3870

Gemüseanbau in den Hauptanbaugeländen 1967



Nach dem Anbauumfang folgt an zweiter Stelle der Raum um Lübeck. Dort wird hauptsächlich Feingemüse angebaut. Die Anbaufläche ist von 1 500 ha im Jahre 1963 um ein Drittel auf 1 060 ha eingeschränkt worden. Auf rund 80% dieser Fläche werden Frischerbsen, Buschbohnen und Möhren angebaut.

Auch auf der Insel Fehmarn ist die Gemüseanbaufläche seit 1963 um 30% eingeschränkt worden. Von dieser Einschränkung sind alle Gemüsearten mit Ausnahme des Wirsingkohls betroffen. Bei dem Wirsingkohl - der auf der Insel verbreitetsten Gemüseart - handelt es sich hauptsächlich um grünen Winterwirsing.

Im Glückstädter Raum wird zur Hauptsache Blumenkohl, Kopfkohl und Sellerie angebaut. Die Anbaufläche hält sich konstant bei etwa 450 ha in den 8 Gemeinden dieses Raumes. Während sich der Anbau des Weiß-, Rot- und Wirsingkohls etwas verringerte, wurde die Blumenkohlfläche noch ausgedehnt.

In vielen Fällen werden zwischen Erzeuger und Abnehmer vertragliche Vereinbarungen über Anbau, Lieferung und Preis bestimmter Gemüsearten getroffen. Seit 1966 werden die Anbauflächen einiger Gemüsearten unterteilt nach Vertragsanbau und freiem Anbau erhoben. Von 1966 bis 1967 hat sich der Anteil der vertraglich gebundenen Flächen bei den erfragten Gemüsearten fast ausnahmslos erhöht. Am häufigsten waren in beiden Jahren der Frischerbsen-, Buschbohnen- und Spinatanbau vertraglich abgesichert. Auch im Möhrenanbau setzt sich der Vertragsanbau zunehmend gegenüber dem freien Anbau durch. Bei den hiernach aufgegliederten Kopfkohlarten erhöhte sich zwar in allen Fällen der vertraglich gebundene Anteil, aber nur beim Herbstweißkohl war bisher mehr als die Hälfte der Produktion im Absatz vertraglich abgesichert.

Der Anteil des Vertragsanbaus bei ausgewählten Gemüsearten

Gemüseart	1966	1967
	in %	
Herbstweißkohl	51	55
Dauerweißkohl	27	30
Herbstrotkohl	28	35
Dauerrotkohl	9	10
Frühjahrsspinat	80	77
Herbstspinat	25	-
Frühe Möhren	61	70
Späte Möhren	52	61
Frischerbsen	93	93
Buschbohnen	82	83

1) einschl. Nachanbau

Johann Jeske

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Kartoffeln	1/7
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Öffentliche Finanzen	
Löhne und Gehälter 1965	1/19
Finanzen	
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex-	1/14

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967				
				Monats-Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 470	2 472	2 473	2 496	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	1 476	1 258	1 531	1 369	1 400	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,4	7,0	6,2	7,3	6,7	6,6	
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	3 763	3 467	3 662	3 631	3 619	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,7	18,0	17,1	17,4	17,7	17,1	
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 293	2 574	2 706	2 408	2 532	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,1	10,9	12,7	12,9	11,7	11,9	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	79	80	78	88	78	70	
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,5	21,3	22,5	24,0	21,5	19,3	
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 343	1 470	893	956	1 223	1 087	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,6	7,0	4,4	4,6	6,0	5,1	
Wanderungen											
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	9 112	7 223	6 779	7 291	
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	8 197	6 807	6 869	7 238	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 465	915	416	- 90	53	
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	12 014	10 741	11 471	10 783	
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	29 323	24 771	25 119	25 312	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	165	197	174	174	176	
Arbeitslage											
* Arbeitslose	1 000	50	8	7	11	18	15	18	r	21	26
darunter * Männer	1 000	31	6	4	7	13	10	12	r	14	19
Offene Stellen	1 000	5	19	15	11	8	10	9		7	6
darunter für Männer	1 000	3	9	8	5	3	5	4		4	3
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a	.	.	1 393	.	.	.	p	1 392
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a	.	.	511	.	.	.	p	510
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	.	.	1 689	1 831	.	.	p	1 752
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	.	.	169	189	.	.	p	179
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	.	107	116	.	.	p	110
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	48	45	30	37	48		40	27
* Kälber	1 000 St.	5	4	3	3	4	2	3		3	4
* Schweine	1 000 St.	81 ^b	157 ^c	162	167	178	164	181		181	186
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	6	19	23	3	7		22	23
* Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	25,0	23,6	20,3	23,1	27,2		23,6	20,9
darunter											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	11,2	10,3	6,7	8,6	11,5		9,0	6,3
* Schweine	1 000 t	5,9	12,8	13,5	13,1	13,3	14,3	15,5		14,3	14,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder	kg	223	236	243	243	233	235	244		242	237
Kälber	kg	49	58	51	54	58	56	54		53	57
Schweine	kg	89	88	87	89	86	89	89		90	88
Milcherzeugung											
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	113	129	156	117	112		132	160
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	88	88	88	90	88		88	89
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	7,2	8,5	9,9	7,7	7,1		8,6	10,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt			Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	
Industrie und Handwerk										
Industrie⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	179	177	175	172	172	171	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	139	138	136	132	133	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	23 642	23 335	22 541	20 936	22 232	22 430	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	105,2	110,3	108,9	102,9	102,7	110,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	41,5	44,8	49,0	42,8	42,8	47,1	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	49	56	54	50	37	50	48	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	10 086	9 168	9 554	11 808	11 516	9 652	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	77	84	81	77	90	95	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	135	133	125	130	139	140	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	44	45	42	38	45	46	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	838	846	914	845	868	868	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	108	140	136	103	108	101	...
Produktionsindex	1958=100	100	142	152	149	142	147	153	153	...
Steine und Erden		100	158	191	171	130	205	186	184	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	131	120	102	117	126	131	...
Schnittholz und Sperrholz		100	100	102	99	80	93	93	96	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	147	144	120	139	146	142	...
Gummi- und Asbestwaren		100	197	198	209	187	188	193	189	...
Wasserfahrzeuge		100	86	93	97	92	80	86	91	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	155	147	165	129	140	130	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	148	152	152	151	162	160	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	193	220	235	220	214	212	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	217	219	176	188	188	199	...
Leder		100	36	24	21	21	9	14	14	...
Schuhe		100	93	95	83	73	98	96	83	...
Textilien		100	93	97	85	71	86	95	99	...
Bekleidung		100	126	133	120	92	120	122	115	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	207	227	219	198	207	220	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	160	160	154	156	175	191	...
Meiereierzeugnisse		100	136	91	101	127	89	85	116	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	156	146	114	156	156	160	...
Handwerk (Meßziffern)¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1962=100	.	101	.	.	99	99
*Umsatz	Vj.-D 1962=100	.	132	.	.	145	128
darunter *Handwerkumsatz	Vj.-D 1962=100	.	134	.	.	152	134
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	157	192	188	94	146	185	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	304	316	338	356	314	344	355	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	20	28	31	19	24	30	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	65 788	63 960	62 022	63 261	63 453	63 186	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	10 614	9 824	7 677	9 949	10 014	9 687	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	4 477	4 113	3 327	4 487	4 550	4 350	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	4 473	4 103	3 082	3 853	3 756	3 735	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	58,1	54,2	48,6	54,3	54,2	53,4	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,5	4,9	6,4	4,5	4,5	5,2	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	183,2	173,9	206,4	172,0	178,3	176,0	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	856	734	849	944	824	828	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	199	161	133	162	185	156	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	124,6	116,2	125,3	120,2	153,6	128,2	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	78,2	82,6	92,7	88,4	99,0	86,6	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 314	1 370	1 158	1 267	1 232	1 534	1 251	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	716	737	860	827	898	801	...
*Wohnungen		2 109	2 298	1 752	2 192	2 592	2 192	2 459	2 181	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	1 513	1 979	2 324	1 922	2 171	1 978	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	2 232	2 091	12 812	1 675	1 863	2 184	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	8 934	9 010	56 756	7 440	8 319	9 151	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	2 860	3 164	3 943	581	1 739	1 031	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	3 391	2 213	2 181	1 223	1 742	1 603	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	22 997	25 178	26 701	26 878	28 107	25 211	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	38 760	40 499	34 457	35 162	43 971	38 363	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	153,7	157,7	164,6	112,6	129,8	131,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	13,3	14,0	9,5	10,8	16,0	17,2	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	140,4	143,7	155,1	101,7	113,9	114,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	3,7	3,2	5,0	3,4	4,1	4,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	13,3	11,7	11,0	8,0	15,8	8,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	123,4	128,7	139,1	90,3	93,9	102,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	7,9	7,3	7,1	11,6	10,8	10,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	115,5	121,5	131,9	78,8	83,1	91,8	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	33,8	31,2	35,1	36,3	38,7	40,2	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	10,1	6,9	7,4	8,4	10,7	11,7	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	11,4	12,4	13,0	15,0	13,6	14,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	68,3	46,2	84,2	33,9	41,8	35,5	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	10,2	12,3	9,8	11,7	9,3	10,7	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	6,4	5,3	5,2	4,8	8,0	6,5	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	32,3	4,2	49,3	2,2	4,1	2,8	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	8,1	11,4	6,4	5,2	9,5	6,5	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	108	73	57	198 p	106 p	73	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	13	8	7	21 p	16 p	9	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	422	232	177	1 571 p	402 p	218	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	24	14	14	39 p	25 p	15	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	240	258	270	270	235	257	243	...
*Güterversand	1 000 t	195	353	433	382	344	429	425	424	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 521	5 158	4 597	3 917	4 821	5 555	4 843	...
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	11	4	9	1	11	13	7	...
*Personenkraftwagen		2 107	4 311	4 087	3 484	2 844	3 801	4 173	3 740	...
*Kombinationskraftwagen		175	440	364	458	421	329	522	414	...
*Lastkraftwagen		293	390	333	346	324	264	417	356	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 115	1 212	1 281	1 256	1 349	1 277	p 1 209	p 1 314
*Getötete Personen		40	60	78	85	81	62	74	p 62	p 92
*Verletzte Personen		1 130	1 502	1 570	1 718	1 666	1 775	1 599	p 1 590	p 1 732
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	8 993 ^d	8 932	8 960	8 993	9 482	9 496
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 078 ^d	2 137	2 094	2 078	2 263	2 222
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 053 ^d	2 125	2 088	2 053	2 256	2 205
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 915 ^d	6 795	6 867	6 915	7 218	7 274
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 922 ^d	5 820	5 886	5 922	6 135	6 182
*Einlagen von Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	5 575 ^d	5 442	5 478	5 575	6 104	6 158
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 906 ^d	1 939	1 963	1 906	2 152	2 153
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 589 ^d	1 630	1 627	1 589	1 739	1 749
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 668 ^d	3 502	3 515	3 668	3 952	4 005
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 412 ^d	2 308	2 312	2 412	2 579	2 612	2 620	2 710
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	745 ^d	707	713	745	814	827
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	182	163	151	355	163	189
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	141	133	138	202	129	135
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	11	12	11	14	11	5	15	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	-	2	2	-	2	-	...
Wechselproteste	Anzahl	636	839	889	878	845	773	859
	Wert	1 000 DM	465	1 118	1 445	1 173	1 200	893	1 131	...
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	81 845	57 537	61 670	144 870	137 633	62 727	67 854	159 342
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	3 256	462	8 838	783	1 060	1 067	10 431	744
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	9 680	10 161	9 103	8 869	9 699	11 096	9 643	9 054
*Biersteuer	1 000 DM	420	758	990	785	727	1 092	1 102	817	800
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	63 278	41 916	38 777	129 084	121 644	43 738	41 996	138 647
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	159 218	146 771	136 049	194 720	198 796	144 529	150 353	228 961
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	51 856	56 289	53 069	53 298	54 692	52 567	54 228	54 980
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 851	4 681	4 672	4 987	7 518	3 417	6 660	5 832
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 510	1 769	1 600	1 458	1 633	1 728	1 647	1 558
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 706	6 109	5 431	5 666	5 960	8 924	4 818	6 206
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 358	53 838	51 122	46 485	46 782	57 551	52 203	58 338	78 947
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 275	36 608	31 160	31 238	42 523	37 633	39 555	58 891
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	40 456	26 799	24 792	82 529	71 442	25 687	24 664	81 428
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	2	2	1	-	0	1	2	0
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	4 685	2 771	10 328	6 957	1 517	2 697	10 426	7 112
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	103 734	68 715	63 569	211 613	193 085	69 426	66 660	220 075
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	49 840	66 004	57 832	75 603	62 913	63 128	59 982	72 278
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	43 119	3 218	3 618	107 454	106 112	4 252	5 372	123 527
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	917	37	614	1 643	1 273	1 642	847	2 057
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 858	- 545	1 505	26 914	22 787	403	460	22 213

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967				
		Monats-Durchschnitt			Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: Steuern											
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾											
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺	100 854 ^e	.	.	107 337 ^e	.	.	.	
davon											
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 288 ⁺	7 430 ^e	.	.	7 309 ^e	.	.	.	
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺	17 270 ^e	.	.	19 060 ^e	.	.	.	
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺	67 757 ^e	.	.	73 101 ^e	.	.	.	
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺	8 397 ^e	.	.	7 866 ^e	.	.	.	
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺	8 725 ^e	.	.	8 950 ^e	.	.	.	
Preise											
Preisindexziffern im Bundesgebiet											
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	108,2	106,0	106,6	106,6	105,4	105,7	107,0	...	
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter	1962=100	.	107,0	107,3	107,4	107,2	106,9	106,9	107,0	...	
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	107,7	106,6	106,9	107,3	103,2	103,1	103,8	...	
Erzeugerpreise											
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	105,8	105,7	105,7	105,6	104,5	104,5	104,7	...	
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	109,3 ^g	109,6	112,3	113,3	103,2	101,7	102,2	...	
Preisindex für Wohngebäude											
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	.	118,6	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)											
Einzelhandelspreise	1962/63=100	90,8 ^f	109,5 ^g	108,9	108,7	109,1	107,3	106,6	106,7	...	
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1958=100 ^h	100	119	119	119	119	119	119	120	...	
darunter	1962=100	92,7	112,8	112,8	113,5	113,8	114,1	114,0	114,2	114,2	
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	110,6	111,9	112,4	110,8	110,3	110,8	...	
Kleidung, Schuhe		.	110,5	111,4	111,6	111,8	111,9	111,9	111,9	...	
Wohnungsmieten		.	129,7	132,7	132,9	133,1	139,5	139,8	140,3	...	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	107,5	108,6	109,1	109,4	108,7	109,7	110,0	...	
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,7	108,7	108,7	108,1	107,9	107,9	...	
Löhne und Gehälter¹⁹⁾											
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste											
*männlich	DM	117	221	228	.	.	.	224	.	.	
darunter Facharbeiter	DM	124	234	241	.	.	.	236	.	.	
*weiblich	DM	68	135	136	.	.	.	137	.	.	
Bruttostundenverdienste											
*männlich	DM	2,44	4,85	4,94	.	.	.	5,07	.	.	
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16	5,26	.	.	.	5,38	.	.	
*weiblich	DM	1,53	3,25	3,28	.	.	.	3,36	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit											
*männlich	Std.	47,9	45,6	46,1	.	.	.	44,2	.	.	
*weiblich	Std.	44,2	41,5	41,6	.	.	.	40,7	.	.	
Geleistete Wochenarbeitszeit											
*männlich	Std.	44,5	41,9	44,9	.	.	.	43,1	.	.	
*weiblich	Std.	41,4	37,5	40,9	.	.	.	40,0	.	.	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste											
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau											
kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	588	1 101	1 131	.	.	.	1 159	.	.	
*weiblich	DM	382	717	728	.	.	.	758	.	.	
technische Angestellte											
*männlich	DM	697	1 216	1 230	.	.	.	1 248	.	.	
*weiblich	DM	403	741	750	.	.	.	782	.	.	
in Handel, Kredit und Versicherungen											
kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	540	969	991	.	.	.	1 006	.	.	
*weiblich	DM	331	603	616	.	.	.	625	.	.	
technische Angestellte											
männlich	DM	497	1 114	1 133	.	.	.	1 141	.	.	
weiblich	DM	(259)	(744)	
in Industrie und Handel zusammen											
kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	554	1 010	1 034	.	.	.	1 052	.	.	
*weiblich	DM	347	636	649	.	.	.	663	.	.	
technische Angestellte											
*männlich	DM	685	1 208	1 223	.	.	.	1 240	.	.	
*weiblich	DM	391	741	751	.	.	.	777	.	.	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.7. - 30.9. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni) h) Umbastierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblich. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	in 1 000				Mill. DM				in 1 000			
1958	23	16	55	623	812	131	371	751	1 329	181	8 127	402
1963	27	23	51	739	1 151	239	500	1 083	1 787	212	11 421	435
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Sparanlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge	
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		
	in 1 000												
1958	246	69	113	28	11 011	477	13 562	1 054	71,2	.	.	8,9	
1963	419	39	228	34	12 589	601	16 433	2 360	85,4	38,5	42,8	11,9	
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5	
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5	
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	...	14,1	

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen ⁴⁾		Neuverschuldung ⁵⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatzsteuer	Verbrauchssteuern	insgesamt	aus Steuern vom Einkommen	insgesamt	Gewerbesteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1958	1 107	353	487	375	284	236	140	437	178	1 186	430	215 ^a
1963	1 635	523	632	791	626	380	267	1 009	432	1 546	940	633 ^b
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756 ^b
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888 ^b
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971 ^b

Jahr	Preisindizes					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude (Bauleistungen am Gebäude) 1962 = 100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁸⁾		Angest. in Industrie ⁸⁾ u. Handel		öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾ 1961/63 = 100		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ⁹⁾
			Männer					Frauen	Kaufmännische Angestellte	Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Ange-stellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM											
1958	97,2	97,5	75,8	92,7	.	117	68	554	347	685	861	557
1963	100,5	103,5	105,2	103,0	102,9	172	106	806	505	963	1 077	749
1964	101,6	107,2	110,0	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 248	862

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschl. Kombinationskraftwagen
 4) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten
 5) ohne Kassenkredite
 6) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 8) einschl. Hoch- und Tiefbau
 9) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) Stand 31. 3. b) Stand 31. 12.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.10.1967			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1967 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	96 552	- 0,1	- 0,3	48	- 113	- 65	42	2	50
KIEL	269 327	- 0,0	+ 0,1	39	- 158	- 119	128	5	164
LÜBECK	242 758	- 0,1	+ 0,0	64	- 269	- 205	118	5	145
NEUMÜNSTER	73 245	- 0,2	- 1,1	27	- 180	- 153	42	1	50
Eckernförde	72 569	+ 0,4	+ 2,0	39	230	269	42	2	69
Eiderstedt	19 826	- 0,3	+ 0,4	-	- 64	- 64	5	1	4
Eutin	95 140	- 0,1	+ 1,1	17	- 69	- 52	50	8	73
Flensburg-Land	72 290	+ 0,2	+ 2,1	73	65	138	36	2	52
Hzgt. Lauenburg	140 772	+ 0,2	+ 0,9	62	151	213	76	2	99
Husum	65 981	+ 0,1	+ 0,6	31	4	35	50	-	64
Norderdithmarschen	61 353	+ 0,2	+ 2,3	42	104	146	38	2	49
Oldenburg in Holstein	86 520	- 0,2	+ 1,3	21	- 199	- 178	52	6	71
Pinneberg	259 215	+ 0,2	+ 1,9	210	310	520	121	6	147
Plön	117 578	- 0,0	+ 0,9	30	- 76	- 46	70	2	106
Rendsburg	165 254	+ 0,2	+ 0,5	53	294	347	98	14	130
Schleswig	100 726	+ 0,1	+ 1,0	32	106	138	45	5	67
Segeberg	111 036	+ 0,1	+ 2,9	61	92	153	76	6	102
Steinburg	128 336	+ 0,2	+ 1,0	46	234	280	66	8	91
Stormarn	174 515	+ 0,3	+ 3,8	116	444	560	98	8	121
Süderdithmarschen	73 586	- 0,1	- 0,4	18	- 106	- 88	33	7	39
Südtondern	70 804	- 0,5	+ 2,2	58	- 420	- 362	28	-	39
Schleswig-Holstein	2 497 383	+ 0,1	+ 1,1	1 087	380	1 467	1 314	92	1 732

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1.7.1967		
	Betriebe am 30.11. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Nov. 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im November 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 30.11. 1967	je 1 000 Einw. am 30.9. 1967					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	69	6 537	68	30,9	37	2 878	19 228	16 996	176
KIEL	170	30 727	115	99,8	529	2 685	54 349	47 838	177
LÜBECK	151	31 864	134	150,7	24 330	7 167	45 205	39 009	161
NEUMÜNSTER	59	9 604	130	26,1	630	793	15 230	13 261	180
Eckernförde	38	1 713	24	6,9	10	499	17 428	12 953	180
Eiderstedt	9	423	22	2,5	-	61	4 914	3 595	182
Eutin	51	3 807	40	19,3	363	728	21 363	16 970	179
Flensburg-Land	32	789	11	4,1	41	285	20 259	14 774	206
Hzgt. Lauenburg	98	8 352	59	31,4	390	2 327	32 718	25 468	181
Husum	22	1 250	19	6,3	2	130	16 959	12 286	187
Norderdithmarschen	33	1 482	24	3,5	47	333	15 044	10 986	181
Oldenburg in Holstein	31	1 515	18	7,3	388	919	19 736	14 348	186
Pinneberg	261	22 811	89	127,7	637	9 575	57 346	48 242	187
Plön	55	2 570	22	15,1	112	718	28 027	21 188	181
Rendsburg	104	9 084	55	38,5	1 475	2 750	39 754	29 895	181
Schleswig	43	3 473	35	32,8	5 915	4 167	25 665	18 891	188
Segeberg	89	5 522	50	27,8	104	1 768	29 971	22 119	202
Steinburg	93	10 159	79	53,4	10 626	23 579	29 256	22 170	173
Stormarn	134	13 864	78	131,1	416	3 422	41 084	33 889	197
Süderdithmarschen	38	4 284	59	46,7	2 275	30 035	18 190	13 211	179
Südtondern	13	964	13	6,5	-	151	17 332	12 973	183
Schleswig-Holstein	1 593	170 794	69	868,2	48 327	94 970	569 058	451 062	181

1) nach dem Gebietsstand vom 31.10.1967

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagarbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30.9.1967			Offene Stellen am 30.11.1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30.9.1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im November 1967			*Ernten und Erträge 1967			
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1961	30.9.1966						1 000 t	dz je ha	1 000 t	dz je ha
		in %										
Schleswig-Holstein	2 496	+ 8	+ 1,1	7	14	132	88,2	8,6	1 407	35,2	515	292,5
Hamburg	1 836	+ 0	- 0,8	10	25	2	83,7	8,7	16	33,3	11	287,1
Niedersachsen	6 988	+ 5	+ 0,3	27	53	251	84,1	8,1	3 969	36,3	4 883	323,9
Bremen	752	+ 6	+ 0,4	4	6	1	70,7	7,7	6	30,8	6	249,1
Nordrhein-Westfalen	16 840	+ 6	- 0,0	80	299	214	86,6	9,0	3 015	38,1	2 109	310,8
Hessen	5 257	+ 9	+ 0,4	29	117	99	79,3	8,6	1 401	35,4	1 743	298,6
Rheinland-Pfalz	3 624	+ 6	+ 0,3	10	32	77	71,6	8,6	1 323	37,0	1 627	298,6
Baden-Württemberg	8 557	+ 10	+ 0,1	57	266	221	72,5	8,9	2 040	36,9	2 896	298,5
Bayern	10 276	+ 8	+ 0,6	41	148	528	75,8	9,0	4 520	35,0	7 257	288,3
Saarland	1 132	+ 5	- 0,1	2	16	8	75,4	9,1	129	32,4	241	295,5
Berlin (West)	2 168	- 1	- 1,0	14	16	-	16,1	13,8	3	29,1	6	200,8
Bundesgebiet	59 926	+ 7	+ 0,2	280	991	1 534	79,3	8,7	17 830	36,2	21 294	301,2

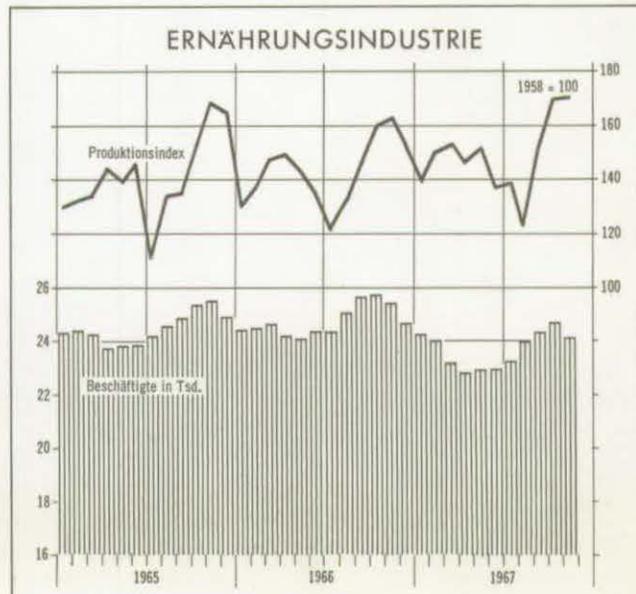
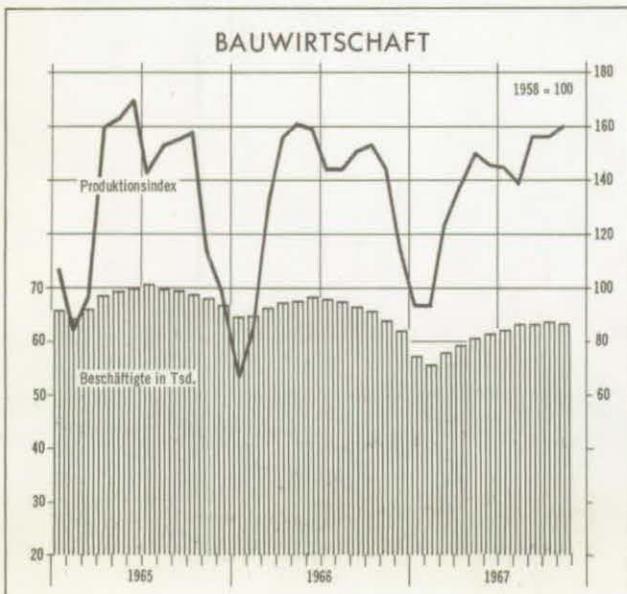
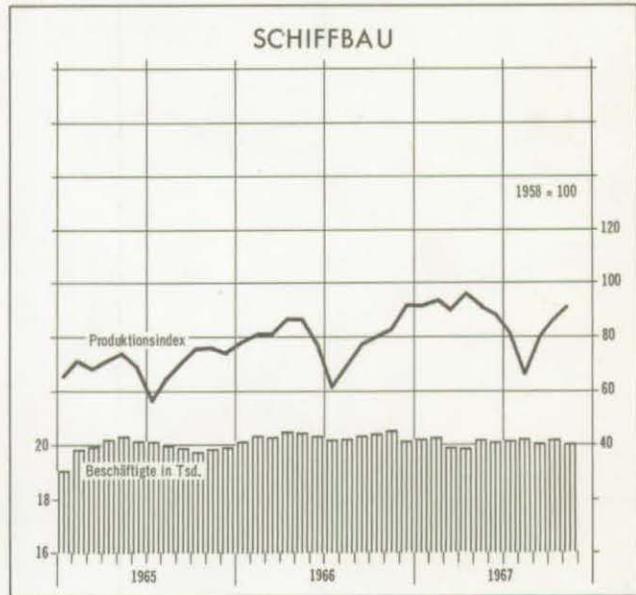
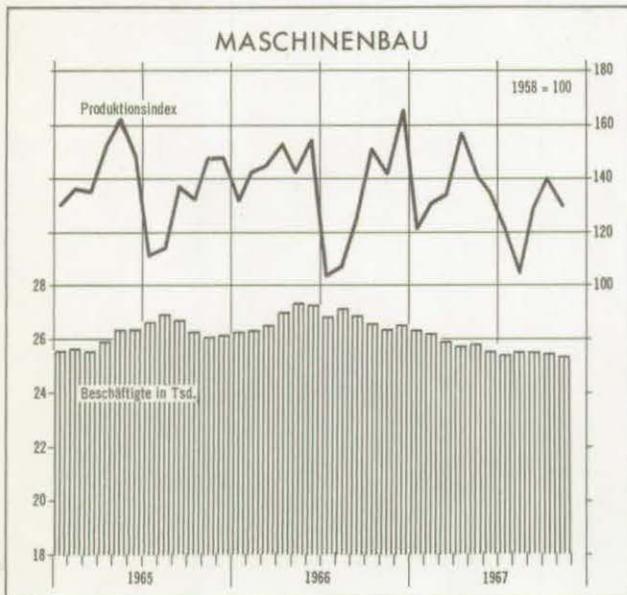
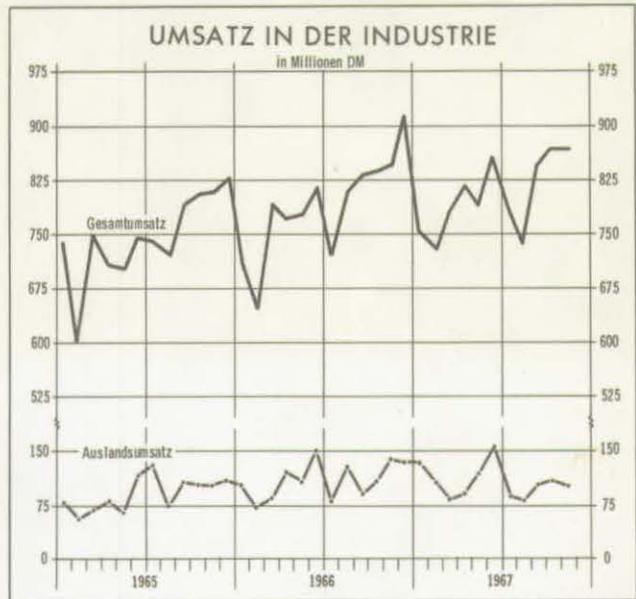
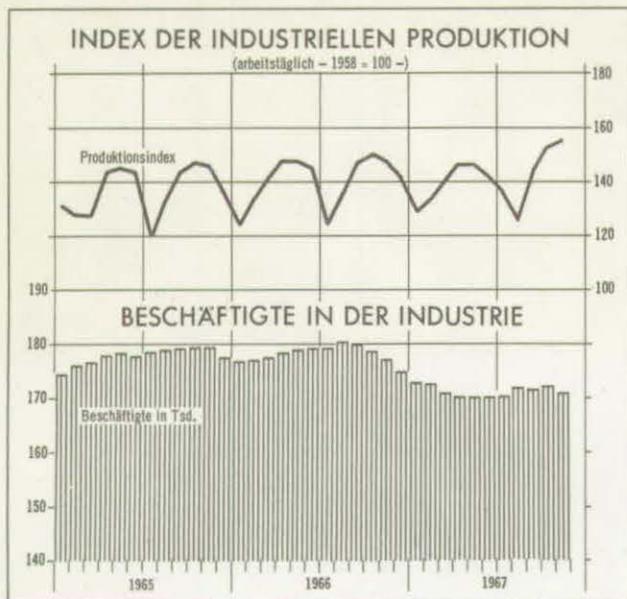
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im September 1967		Produktions-index ²⁾ 1958=100 im Sept. 1967	Beschäftigte am 30.9.1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 30.9.1967	je 1 000 Einw. am 30.6.1967	Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	172	68	845	12	147	62	25	2 459	9,9	1 864	7,5
Hamburg	201	110	1 371	11	.	44	24	2 174	11,8	969	5,3
Niedersachsen	709	102	3 310	23	.	178	26	6 162	8,8	5 971	8,6
Bremen	94	125	595	18	.	21	28	371	4,9	329	4,4
Nordrhein-Westfalen	2 536	151	11 249	19	.	381	23	15 102	9,0	13 208	7,8
Hessen	674	127	2 676	21	175	139	27	4 634	8,8	3 124	6,0
Rheinland-Pfalz	364	100	1 734	19	232	87	24	2 664	7,4	2 410	6,7
Baden-Württemberg	1 416	165	5 495	19	157	218	26	6 629	7,8	8 633	10,1
Bayern	1 242	120	4 664	16	.	285	28	8 298	8,1	10 214	10,0
Saarland	153	135	459	31	.	23	21	442	3,9	634	5,6
Berlin (West)	252	117	1 107	13	.	48	22	2 741	12,6	2 709	12,4
Bundesgebiet	7 813	130	33 504	19	160	1 487	25	51 676	8,6	50 065	8,4

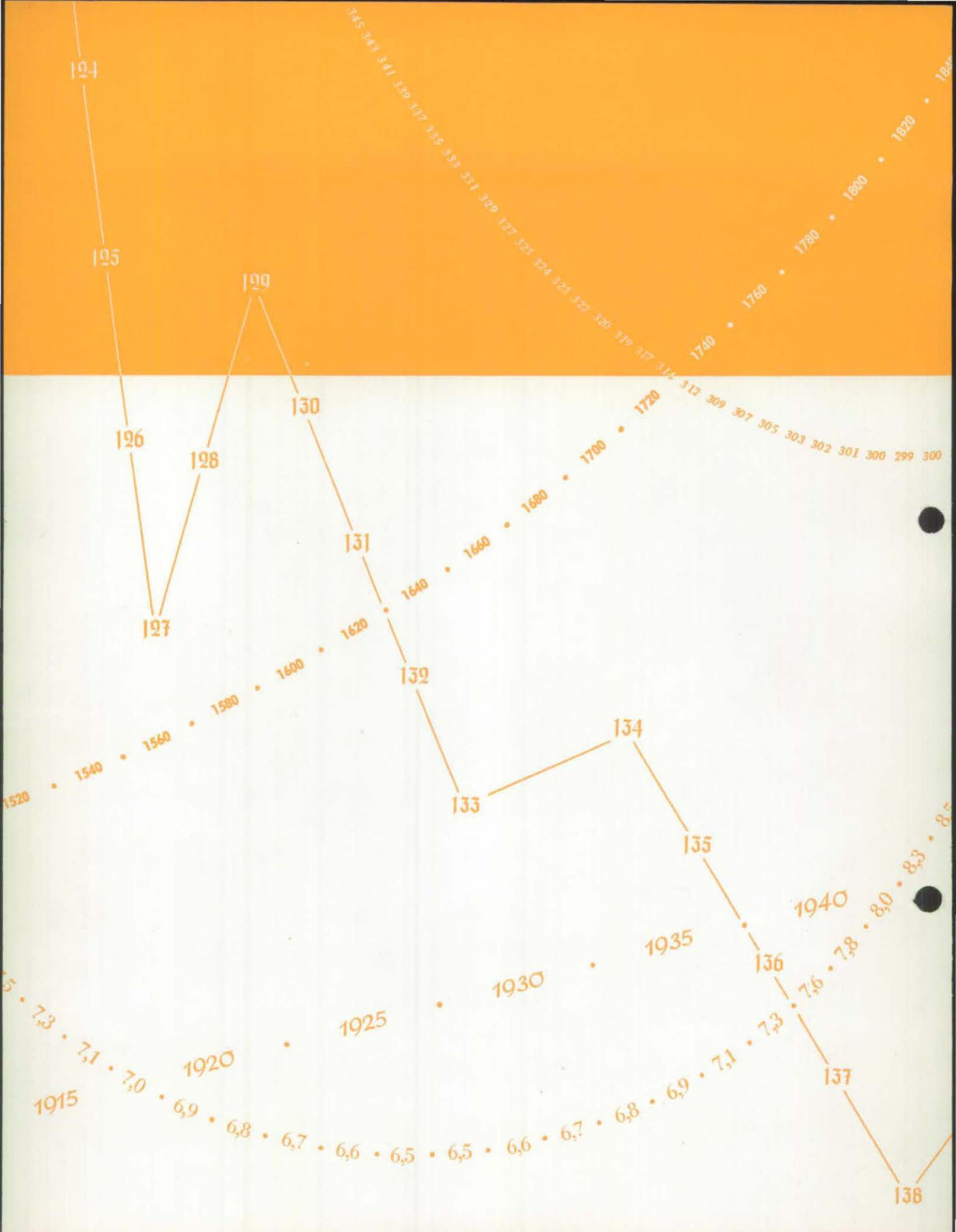
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1.7.1967			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Okt. 1967				Bestand an Spareinlagen ⁶⁾ am 31.10.1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1967		
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁷⁾	Bundes- ⁷⁾	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einw.								
		in 1 000									
Schleswig-Holstein	569	451	181	1 277	74	1 599	131	1 605	107	202	47
Hamburg	415	370	201	1 085	32	1 391	131	3 044	290	1 319	76
Niedersachsen	1 623	1 269	182	3 790	259	5 182	144	1 976	116	199	47
Bremen	153	134	179	384	12	457	122	2 272	204	583	78
Nordrhein-Westfalen	3 500	2 972	177	8 990	439	11 814	136	2 325	170	275	62
Hessen	1 277	1 038	198	2 829	132	4 028	147	2 358	195	225	73
Rheinland-Pfalz	845	646	178	1 901	112	2 659	146	1 939	106	176	52
Baden-Württemberg	2 109	1 667	195	4 210	262	5 843	145	2 342	169	236	67
Bayern	2 597	1 921	187	5 305	311	7 272	143	2 229	144	199	58
Saarland	222	183	162	533	19	745	143	1 748	104	143	37
Berlin (West)	383	341	157	1 089	24	1 413	132	1 705	109	412	68
Bundesgebiet	13 745 ^a	11 016 ^a	184	31 393	1 676	42 403	140	2 208	156	273	60

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
 2) ohne Bau und Energie, arbeitstätig 3) ohne Bundespost und Bundesbahn 4) einschl. Kombinationskraftwagen
 5) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 6) ohne Postspareinlagen 7) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten
 a) einschl. Bundesbahn und -post: 52 000 Kfz und 23 000 Pkw

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen